

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft
85. Geschäftsbericht 2014

Kennziffern

2014 2013 2012

Bestandsentwicklung (Anzahl)			
> Aktive	71.185	69.573	68.094
> Rentner	16.627	16.097	15.181
> Gesamtbestand	87.812	85.670	83.275
Beitragseinnahmen gesamt (TEuro)	69.111	67.095	65.423
Rentenzahlungen (TEuro)	57.756	55.523	52.758
Kapitalanlagen (TEuro)	1.601.992	1.535.138	1.426.367
Kapitalerträge (TEuro)	79.657	77.126	74.788
Rendite			
> Nettoverzinsung	4,52 %	4,55 %	4,59 %
> laufende Verzinsung nach BaFin	4,47 %	4,57 %	4,80 %
Bilanzsumme (TEuro)	1.646.184	1.566.621	1.460.292
Rentenhöhe und Deckungskapital eines 65-jährigen Mitglieds nach 10 Jahren Mitgliedschaft mit 100 Euro Monatsbeitrag*			
> Monatsrente (Euro)	71,35	71,70	72,47
> Deckungskapital (Euro)	14.917,66	14.991,01	14.913,03

* Ist-Zahlen; 60 % Hinterbliebenenversorgung während der Ansparphase und Rentenlaufzeit; kein Berufsunfähigkeitsschutz

»Wirtschaftliches Ziel unserer Tätigkeit ist es, unseren Mitgliedern und ihren Arbeitgebern eine effiziente, am Versorgungsziel orientierte und ressourcenschonend durchgeführte Betriebliche Altersversorgung anzubieten.«

Unternehmensziele

- > Wir erbringen qualifizierte Beratungsleistungen und erreichen versprochene finanzielle Ziele. Wir orientieren uns an betrieblichen Abläufen und agieren zum Nutzen unserer Mitgliedsunternehmen.
- > Wir wachsen gezielt im Hinblick auf Beiträge und Mitglieder, um Kosteneinsparungen zu realisieren und unsere qualitativen Leistungen zu verbessern.
- > Unsere Mitarbeiter haben klare Ziele
 - Die Erfüllung der Mitglieder- und Unternehmensinteressen im Betreuungsbereich.
 - Die Erzielung hoher risikokontrollierter Erträge in der Vermögensverwaltung.
 - Effizienz als mittelbarer Dienstleister in den internen Abteilungen im Interesse unserer Mitglieder und ihrer Arbeitgeber.
- > Wir konzentrieren uns auf das Geschäftsfeld Betriebliche Altersversorgung (BAV). Neben der finanziellen Durchführung erbringen wir Beratungsleistungen. Wir gehören den Mitarbeitern der Trägerunternehmen, für die wir tätig sind und verfolgen keine eigenständigen Gewinnerzielungsabsichten.
- > Unser Geschäftsmodell ist auf die Erwirtschaftung einer jährlichen Mindestverzinsung ausgerichtet. Dabei unterliegen wir den gesetzlichen Vorschriften für Versicherungsunternehmen und der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Inhaltsverzeichnis

Gremien	4
Bericht des Vorstandes	6
Bericht des Aufsichtsrates	8
<hr/>	
Umfeld	
Betriebliche Altersversorgung	9
Kapitalmarkt	15
<hr/>	
Lagebericht	
Kapitalanlagen	17
Mitglieder, Beiträge und Leistungen	22
Organe und Verwaltung	28
Wirtschaftliche Lage/ Jahresüberschuss	29
Chancen- und Risikobericht	33
<hr/>	
Jahresabschluss 2014	
Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	43
Anhang	47
<hr/>	
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	61
<hr/>	

Aufsichtsrat und Vorstand

Aufsichtsrat

Hans-Jürgen Fleckhaus

(Vorsitzender)

ehem. Vorstand der Deutsche BP AG,
Dörscheid

Dr. Heinrich Dageförde

Director

Human Resources & Communications
Europe & Asia,
Johns Manville Europe GmbH
HR & C Germany, Bobingen

Uta Kemmerich-Keil

(bis 03.07.2014)

Head of Global Business Unit
Allergy and CEO Allergopharma,
Merck KGaA, Darmstadt

Dr. Ludger Dohm

(stellvertretender Vorsitzender)

Sprecher der Geschäftsführung
Flughafen Düsseldorf GmbH,
Düsseldorf

Gerhard Geuder

(bis 03.07.2014)

Triumph International AG, München

Walter Neumann

(seit 04.07.2014)

Finance Director
der Triumph International AG, München

Rando Bruns

(seit 04.07.2014)

Group Treasurer der Merck KGaA,
Darmstadt

Wolfgang Goos

(bis 03.07.2014)

Hauptgeschäftsführer
des Bundesarbeitgeberverbandes
Chemie e. V., Wiesbaden

Dr. Harald Schloßmacher

Rechtsanwalt,
Partner PRW Rechtsanwälte,
München / Düsseldorf

Vorstand**Axel Scholz**

Leiter Personal National & International
der HARIBO GmbH & Co. KG,
Bonn

Bernd Walgenbach

(Vorsitzender)
Düsseldorf

Dr. Klaus-Peter Stiller

(seit 04.07.2014)
Hauptgeschäftsführer
des Bundesarbeitgeberverbandes
Chemie e. V., Wiesbaden

Andreas Fritz

Oberhausen

Dr. Heinz-Gerd Suelmann

Executive Vice President der
Grünenthal Pharma GmbH & Co. KG,
Aachen

Bericht des Vorstandes

Liebe Mitglieder, sehr verehrte Damen und Herren, das abgelaufene Geschäftsjahr 2014 war durch die Fortsetzung mehrjähriger Trends auf den wichtigsten Märkten gekennzeichnet, auf denen unsere Pensionskasse tätig ist. Zinsen für festverzinsliche Wertpapiere fallen seit dem sog. Draghi-Put im Jahre 2012 kontinuierlich weiter und haben zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres bei bonitätsstarken Emittenten für kürzere Laufzeiten die Nulllinie unterschritten. Mit der verstärkten Ausrichtung auf eine verpflichtungsorientierte Kapitalanlage hat sich die Pensionskasse für diese Entwicklung frühzeitig richtig aufgestellt. Die Früchte dieser Entscheidung finden sich in einem starken Anstieg der Bewertungsreserven in festverzinslichen Wertpapieren und einer erneut sehr erfreulichen Nettoverzinsung. Auch unsere Entscheidung, die Aktienrisiken leicht abzubauen, hat zum guten Ergebnis beigetragen.

Unser kontinuierliches Bestandswachstum setzte sich bezogen auf Beiträge und Neumitglieder im Jahr 2014 weiter fort. Wir konnten durch zielgerichtete Maßnahmen die aktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedsunternehmen weiter stärken.

Beim Wachstum liegen wir damit über den Zahlen für die Betriebliche Altersversorgung in Deutschland. Hier macht sich angesichts des niedrigen Zinsumfelds zunehmend Verunsicherung, insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen, über die rechtlichen Rahmenbedingungen und Haftungsfragen breit. Die sich im Umfeld unserer Trägerunternehmen abspielenden rechtlichen Auseinandersetzungen um Einstandspflichten des Arbeitgebers nahmen zum Jahresende grundlegenden Charakter an. Unabhängig von der Entwick-

lung in unserer Pensionskasse hat das Bundesarbeitsgericht deutliche Haftungsverschärfungen für Arbeitgeber in der Betrieblichen Altersversorgung bei einem unserer Trägerunternehmen konstituiert. Die Auswirkungen dieser Entwicklung waren so deutlich spürbar, dass die Bundesregierung sich kurz nach dem Jahreswechsel 2014/2015 veranlasst sah, einen neuen Vorschlag für haftungsfreie Gestaltung einer Betrieblichen Altersversorgung zunächst bei kleinen und mittleren Unternehmen vorzulegen. Dabei würde die überzogene Haftung erstmals in Deutschland durch eine reine Beitragszusage begrenzt. Es bleibt abzuwarten, wie sich dieser Vorschlag im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens noch an die politischen Vorstellungen der Parteien anpassen wird.

Wesentlich schneller und einfacher wird der Weg bei der Rentenanpassungsprüfungsverpflichtung. Wir erwarten, dass der Gesetzgeber kurzfristig die ursprüngliche Intention des Gesetzes, die das Bundesarbeitsgericht in letzter Zeit anders interpretiert hatte, wieder zu Gunsten der Arbeitgeber verändern wird.

Bereits heute wird deutlich, dass der eingeschlagene Weg einer reinen Beitragszusage und die Aufnahme moderner Elemente in der Betrieblichen Altersversorgung, wie das Opting-Out und die stärkere Einbindung sozialpartnerschaftlicher Institutionen, viele Elemente der Geschäftspolitik unserer Pensionskasse und diejenigen anderer überbetrieblicher Pensionskassen in den vergangenen zehn Jahren aufgreift.

Eine klare Positionierung des Gesetzgebers ist in jedem Fall erforderlich, wenn die Niedrigzinssituation eine langanhaltende

Bericht des Vorstandes

Ertragsschwäche für institutionelle Anleger auslöst. Das Konzept der Zinsmechanik in der Anpassungsprüfungssystematik deutscher Versorgungswerke macht eine signifikante Laufzeitenabweichung zwischen Aktiv- und Passivseite erforderlich. Im Augenblick profitieren die Rentnerinnen und Rentner dadurch von einer faktischen Inflationsfreiheit und dem damit verbundenen Werterhalt ihrer Pensionen. Die Kehrseite ist, dass die Überschussbeteiligungen der Versorgungswerke niedrig ausfallen oder ganz ausbleiben. Sobald es zu einem Anziehen von Inflation und den damit verbundenen Zinserhöhungen kommt, wird nach den von den bei Einführung der Anpassungsprüfungsverpflichtung intendierten Abläufen zwar ein Kaufpreisverfall für Rentenleistungen eintreten, zum Ausgleich sollen die Rentnerinnen und Rentner eine durch höhere Zinserträge herbeigeführte Überschussbeteiligung erhalten.

In diesen Mechanismus greift nun die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank bewusst ein und gefährdet Stabilität und Systematik der Altersversorgung in Deutschland. Bei einer künstlich herbeigeführten langanhaltenden Niedrigzinsphase werden Pensionskassen und Versorgungswerke in einigen Jahren in eine Situation geraten, in der sie ihren nominalen Verpflichtungen immer schwerer nachkommen können. Der Gesetzgeber ist frühzeitig gefordert, nicht nur neue Modelle für eine Beitragsfreiheit zu schaffen, sondern auch für die bestehenden Versorgungswerke eine kollateralschadenarme Entwicklung in einer künstlichen Niedrigzinsumgebung zu ermöglichen.

Wir selbst sehen uns gut gerüstet für die gegenwärtige wirtschaftliche Situation. Durch eine frühzeitige verpflichtungsorientierte Kapitalanlage sind wir voraussichtlich mit dem gegen-

wärtigen Zinsniveau für einen Zeitraum von ca. zehn Jahren vorbereitet. Zum Jahresende verfügte die Pensionskasse inklusive der Zinssicherungsgeschäfte über Reserven in Höhe von 17 % der Kapitalanlagen. Zudem hat die Pensionskasse gezeigt, dass sie mit einer deutlich zweistelligen Performance im abgelaufenen Jahr gut in der Lage ist, von attraktiven Kapitalmarktgelegenheiten zu profitieren. Es wird unser Ziel sein, dies auch in den kommenden Jahren fortzusetzen und die Zeiträume, die wir als ergebnissicher einschätzen, weiter zu verlängern.

Grundsätzlich ist die regulierte Pensionskasse mit ihrer Möglichkeit zur Anpassung der Beiträge oder Leistungen selbst in einem dauerhaften Negativzinsumfeld in der Lage, ihre Aufgabe zu erfüllen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind mit zunehmendem Lebensalter angewiesen auf staatliche oder private Altersvorsorgeprodukte, die einen regelmäßigen Mittelzufluss für die Deckung ihrer laufenden Ausgaben erbringen. Dieses Ziel kann und wird die Pensionskasse unabhängig vom Zinsniveau rechtssicher erbringen – die Höhe der monatlichen Leistungen wird sich dem Zinstrend allerdings nicht entziehen können.

Wir danken an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Pensionskasse für die engagierte Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr und den hohen Einsatz, insbesondere in der Vorbereitung des neuen Bestandsführungssystems.

Duisburg, 25.03.2015

Der Vorstand
Bernd Walgenbach

Andreas Fritz

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat sich während des abgelaufenen Geschäftsjahres in vier ordentlichen Sitzungen über die Lage und Geschäftsentwicklung der Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft informiert. Eine dieser Sitzungen fand im Umlaufverfahren statt. Außerhalb der Sitzungen hat der Aufsichtsrat wie in den Vorjahren regelmäßige Informationen zur Geschäftsentwicklung und zu wichtigen Geschäftsvorfällen erhalten. Er wurde durch den Vorstand ausführlich unterrichtet und hat auf Basis schriftlicher und mündlicher Informationen die Geschäftsführung überwacht und beraten. Der Aufsichtsratsvorsitzende hat sich darüber hinaus in weiteren persönlichen Gesprächen mit dem Vorstand über die laufenden Geschäfte der Pensionskasse informiert und beraten.

Mit besonderem Interesse hat der Aufsichtsrat im abgelaufenen Jahr die Entwicklung der arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen im Umfeld der Pensionskasse und die Einarbeitung des neuen Aktuars, Herrn Benedikt Engbroks begleitet. Ein weiterer Schwerpunkt in den Diskussionen mit dem Vorstand waren die besonderen Herausforderungen im anhaltenden Niedrigzinsumfeld.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014 und der Lagebericht sind durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Köln geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Abschlussunterlagen und der Bericht des Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahresabschlusses standen allen Mitgliedern des Aufsichtsrates rechtzeitig zur Verfügung. Der Wirtschaftsprüfer hat dem Aufsichtsrat in der Sitzung vom 22. April 2015 ausführlich

persönlich über seine Prüfung berichtet und stand für Fragen zur Verfügung. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Ergebnis der Prüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft an und hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss in der Sitzung festgestellt.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Mitgliederversammlung, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden drei neue Mitglieder in den Aufsichtsrat gewählt. Wir danken den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern Uta Kemmerich-Keil, Wolfgang Goos und Gerhard Geuder für Ihre langjährige, engagierte Tätigkeit im Aufsichtsrat der Pensionskasse.

Duisburg, 22. April 2015

Der Aufsichtsrat
Hans-Jürgen Fleckhaus

Betriebliche Altersversorgung

Am Ende des Jahres 2014 feierte das Gesetz zur Verbesserung der Betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentengesetz – BetrAVG) sein 40-jähriges Bestehen. Nachdem die Betriebliche Altersversorgung (BAV) im Jahre 1974 schon viele Jahrzehnte in Deutschland erprobt, gelebt und fortentwickelt wurde, sollte die Einführung eines Arbeitnehmerschutzgesetzes ein Gleichgewicht zwischen den Beteiligten der Versorgungszusage schaffen. Im Vordergrund standen die Normierung der teilweise bereits seit Jahrzehnten gefestigten Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbarkeit und die Schaffung eines Schutzsystems bei Insolvenzen der Arbeitgeber. Zielsetzung des Gesetzesentwurfes war es, die BAV »als notwendige Ergänzung der sozialen Sicherung (...) für die begünstigten Arbeitnehmer sicherer und wirkungsvoller« zu gestalten.

Die Entwicklung des BetrAVG

Das im Jahre 1974 eingeführte BetrAVG blieb sodann für lange Zeit fast unverändert. Im Rahmen des Rentenreformgesetzes 1999 sah der Gesetzgeber erstmals größeren Reformierungsbedarf und versuchte, Zweifelsfragen zu klären und Rechtssicherheit zu schaffen. Im Nachgang zu dieser umfassenden Neugestaltung wurden nur noch wenige Reformen umgesetzt, etwa das Altersvermögensgesetz im Jahre 2001, das Alterseinkünftegesetz im Jahre 2005 oder das Altersgrenzenanpassungsgesetz im Jahre 2007. Nach und nach wurden Formulierungen angepasst, Ausnahmevorschriften ergänzt oder europarechtliche Vorgaben umgesetzt. Die letzte Anpassung erlebte das BetrAVG im vergangenen Jahr durch das Lebensversicherungs-Reformgesetz. Die in der Fachliteratur

der BAV viel diskutierte und oft geforderte grundlegende Reform des BetrAVG steht bis heute aus, der vielfach von Arbeitgebern geäußerte Wunsch nach einer Schließung der bestehenden Regelungslücken und einer Lösung der Anwendungsprobleme bleibt bislang unerfüllt.

Nach der Bundestagswahl im Jahre 2013 setzte das zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales seinen Schwerpunkt im ersten Regierungsjahr, d.h. im Jahr 2014, eindeutig auf die erste Säule der Altersversorgung. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Stärkung der zweiten Säule und Erhöhung der Verbreitungsdichte der BAV, etwa durch den Abbau von Hemmnissen bei kleinen und mittleren Unternehmen, wurde noch nicht umgesetzt.

Zu Beginn des Jahres 2015 legte das BMAS nun einen ersten Entwurf zur Umsetzung dieser Pläne vor: die Einführung von § 17b BetrAVG. Der Lösungsvorschlag der Politik ist weder eine grundlegende Anpassung des Betriebsrentengesetzes noch eine Anpassung streitiger Teilbereiche; es ist die Einführung eines einzelnen neuen Paragraphen, eingefügt in das seit 1974 bestehende System. Inhaltlich ist der Entwurf noch »in den Kinderschuhen« und vielerlei Aspekte sind ungeklärt. War die Zielsetzung des Gesetzgebers im Jahre 1974 jedoch noch die Stärkung der BAV als notwendige Ergänzung der sozialen Sicherung des Arbeitnehmers, so ist es nun die Schaffung einer pay-and-forget-Lösung für den Arbeitgeber. Diese soll in Zusammenarbeit mit den Tarifparteien die Erteilung einer reinen Beitragszusage ermöglichen – eine Zusageform, die dem BetrAVG bislang fremd ist.

Betriebliche Altersversorgung

Sie soll ihn »sorgenfrei« machen, Haftungsrisiken und Finanzierungssorgen vergessen lassen und motivieren, seinen Mitarbeitern, denen er bislang keine Versorgungszusage erteilt hat, eine solche auszusprechen und diese idealerweise auch noch zu bezuschussen. Der Blickwinkel von Politik und Gesetzgebung auf die BAV hat sich seit Einführung des BetrAVG zu Lasten der Vorteile der BAV und seiner eigentlich bereits 1974 erkannten Notwendigkeit – nicht Nützlichkeit – für die soziale Sicherheit jedes einzelnen Arbeitnehmers stark verändert. Ob die Absicherung des Arbeitnehmers im Alter und die dafür erforderliche Motivation des Arbeitgebers hin zur sozialen Verantwortung gegenüber seinen Mitarbeitern durch einen solchen Weg beschritten werden kann, wird sich zeigen. Die BAV-Welt blickt der Entwicklung des BetrAVG jedenfalls mit Spannung entgegen.

Die Entwicklung der aktuellen Rechtsprechung

Nicht zu leugnen sind ebenfalls die zunehmend in den Fokus der Diskussion gerückten Sorgen des Arbeitgebers, d. h. insbesondere Finanzierungs- und Haftungsrisiken. Diese Aspekte nehmen unlängst auch in der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte einen nicht unerheblichen Anteil ein. Im Gegensatz zum eher »gemächlichen« Tempo der Gesetzgebung, schwimmen hier jedoch quasi täglich Neuerungen oder (vermeintliche) Auslegungs- und Anwendungshilfen in die Öffentlichkeit. Die Masse an Entscheidungen, Publikationen und Kommentierungen ist für den Arbeitgeber kaum durchdringbar. Dies gilt umso mehr für den Arbeitgeber in einem kleinen bis mittleren

Unternehmen, das gerade über keine eigene Rechtsabteilung verfügt, die täglich etwaige Divergenzen zwischen Rechtsprechung und unternehmenseigener BAV prüft.

Zuletzt beschäftigte sich das Bundesarbeitsgericht am 30.09.2014 in acht gleich gelagerten Fällen mit der Subsidiärhaftung und Rentenanpassungsprüfungsverpflichtung des Arbeitgebers (u. a. Az.: 3 AZR 617 / 12). Im Rahmen dieser Entscheidungen befasste sich das Gericht erstmals ausführlich mit der escape-Klausel des § 16 Abs. 3 Ziffer 2 BetrAVG. Es entschied, dass diese Klausel von vornherein nicht auf solche Zusagen anwendbar sei, die vor dem 16.05.1996 erteilt worden seien. Dies gilt für Pensionskassen- und Direktversicherungszusagen. Der Gesetzgeber versucht derzeit, das von seiner Intention weit entfernte Urteil zur Rentenanpassungsprüfungsverpflichtung durch eine schnell umzusetzende Gesetzesänderung zu korrigieren.

Mit Urteil vom 21.01.2014 (Az.: 3 AZR 807 / 11) entschied das Bundesarbeitsgericht dagegen weit mehr im Sinne der Arbeitgeber und beschwichtigte deren stete Sorgen, um den Umfang etwaiger Aufklärungspflichten gegenüber den Mitarbeitern bzw. potentiellen Versorgungsempfängern. Der Arbeitgeber sei nicht verpflichtet, den Arbeitnehmer auf seinen gesetzlichen Anspruch auf Entgeltumwandlung gemäß § 1a Abs. 1 Satz 1 BetrAVG hinzuweisen. Einen Anspruch auf Schadensersatz könne der Mitarbeiter aus dem Fehlen eines solchen Hinweises grundsätzlich jedenfalls nicht herleiten.

Betriebliche Altersversorgung

Ausblick

Die BAV-Welt war im Jahr 2014 mithin erneut durch Negativschlagzeilen und eine Vielzahl von Urteilen der Arbeitsgerichte bestimmt. Die zum 01.01.2015 umgesetzte Absenkung des gesetzlichen Höchstrechnungszinses auf nunmehr 1,25 % und die stete Diskussion um das Niedrigzinsumfeld lassen wenig Platz für positive Nachrichten über innovative und neue Projekte der BAV und diejenigen Arbeitgeber, die diese BAV zu Gunsten ihrer Mitarbeiter umsetzen.

Es bleibt abzuwarten, ob sich dies im Jahr 2015 ändert. Jedenfalls ist die zweite Säule der Altersversorgung – die Betriebliche Altersversorgung – in der Politik nicht derart in Vergessenheit geraten, wie die ausstehenden Änderungen des BetrAVG den Anschein erweckten.

Informationen aus der PKDW

Ein Jahr lang haben wir Erfahrungen mit unserem neuen Corporate Design und insbesondere mit unserer neuen Internetseite gesammelt. Insbesondere wurden die verschiedenen Möglichkeiten, die PKDW über die Kontaktformulare anzusprechen, rege genutzt. Wir stellten im Laufe des Jahres eine klar ansteigende Tendenz in Bezug auf die Anzahl der Besucher fest. Auffällig ist dabei, dass die Besucherzahlen in den Monaten Mai, Oktober und November den Trend jeweils deutlich nach oben überschritten haben. In diesen Monaten beobachteten wir Überlegungen unserer Mitglieder, Sonderzahlungen zu-

mindest teilweise in die Betriebliche Altersversorgung einzubringen. Die meisten User nutzten unsere Internetseite, um Informationen und Formulare herunterzuladen und Leistungen mithilfe unseres Tarifrechners zu berechnen.

Zu Beginn des Jahres 2015 erfuhr der Tarifrechner eine Erweiterung in Bezug auf unseren ab 2015 für Neueintritte geltenden Tarif mit einer Tarifverzinsung entsprechend dem gültigen Höchstrechnungszins in Höhe von 1,25 %.

EDV-Umsetzungen beschäftigen uns auch an anderer Stelle. Das Projekt zur Einführung eines neuen Bestandsführungssystems befindet sich auf der Zielgeraden. Inzwischen sind bereits einzelne funktionelle Teile umgesetzt und immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen sich mit dem Testen der programmierten Funktionen. Das Gesamtkonzept steht und funktioniert. Alle Sonderfunktionen befinden sich noch in der Programmierung und werden uns nach und nach zum Testen von unserem Anbieter übergeben. Zur Unterstützung unserer Tests, aber auch als Hilfestellung für die Programmierer, finden seit einiger Zeit wöchentliche Vor-Ort-Termine in der PKDW statt. Der Echtstart des Bestandsführungssystems soll planmäßig zum 01.08.2015 erfolgen.

Auf Seiten der Politik begleiteten uns im letzten Jahr hauptsächlich zwei Themen: das Rentenpaket der Bundesregierung, welches zum 01.07.2014 in Kraft getreten ist und das Gesetz zur Absicherung stabiler und fairer Leistungen für Lebensversicherte (Lebensversicherungsreformgesetz – LVRG), das zum

Betriebliche Altersversorgung

01.08.2014 verabschiedet wurde. Letzteres stellt im Grunde eine Reaktion des Gesetzgebers auf die andauernde Niedrigzinsphase dar, und soll die Leistungsfähigkeit der Lebensversicherungen in Deutschland und die Verbraucher schützen.

Das Rentenpaket, welches insgesamt aus den vier Bestandteilen Rente mit 63, Mütterrente, Erwerbsminderungsrente und höheres Reha-Budget besteht, führte insbesondere in Bezug auf die Rente mit 63 zu vielfältigen Diskussionen. Wir griffen dieses Thema auf und stellten sowohl in unserem traditionellen Seminar im April in Duisburg als auch in den Praxisseminaren, die wir 2014 in Berlin, Mannheim und München durchführten, das Rentenpaket mit seinen Auswirkungen und Vorruhestandsmodelle in der Betrieblichen Altersversorgung vor. Das Seminar in Duisburg stand dabei insgesamt unter dem Motto »Neue Impulse für die Betriebliche Altersversorgung«, unterstützt durch einen Gastvortrag von Bundesminister a. D. Walter Riester. Unsere Praxisseminare waren inhaltlich, wie auch in den Vorjahren, mehr auf das PKDW-Modell und praxisrelevante Umsetzungen bei der PKDW bezogen. Auch in 2014 entwickelten sich daraus Kontakte zu potentiellen neuen Mitgliedsunternehmen.

Das weiterhin schwierige Marktumfeld hatte uns veranlasst, unsere Ziele für das Jahr 2014 auf die Sicherung und Festigung unseres Mitgliederbestandes sowohl in Bezug auf die Mitgliederanzahl als auch auf das Beitragsniveau, zu beschränken. Diese Ziele erreichten wir, indem wir unsere Mitgliedsunternehmen auch im letzten Jahr wieder aktiv, u. a. bei folgenden Punkten, betreuten:

- > Gestaltung zahlreicher, speziell auf die Betriebliche Altersversorgung ausgerichteter, Informationsveranstaltungen
- > Einführung eines Haustarifvertrages zur Gestaltung des Vorruhestandes unter Einbeziehung unseres auf der Teilkapitalleistung basierenden Vorruhestandsmodells
- > Begleitung einer konzernweiten Harmonisierung der tariflichen Altersversorgung
- > Nutzung der gesetzlichen Möglichkeiten zur Übertragung des Bestandes im Rahmen von Unternehmensliquidationen
- > Hilfestellung und Beratung bei der Fortführung bzw. Ausweitung Betrieblicher Altersversorgung bei Gesellschaften aus früheren Übernahmen von anderen Pensionskassen
- > Unterstützung von Mitgliedsunternehmen durch Bereitstellung von Unterlagen und Erläuterungen von Zusammenhängen bei rechtlichen Auseinandersetzungen
- > Begleitung von Arbeitnehmervertretern bei der Planung und Durchführung von Betriebsversammlungen.

Auch in 2014 haben wir unseren Bekanntheitsgrad und unsere Kompetenz in der Betrieblichen Altersversorgung durch Präsenz bei und Gestaltung von Veranstaltungen gestärkt. Dazu gehörten u. a.:

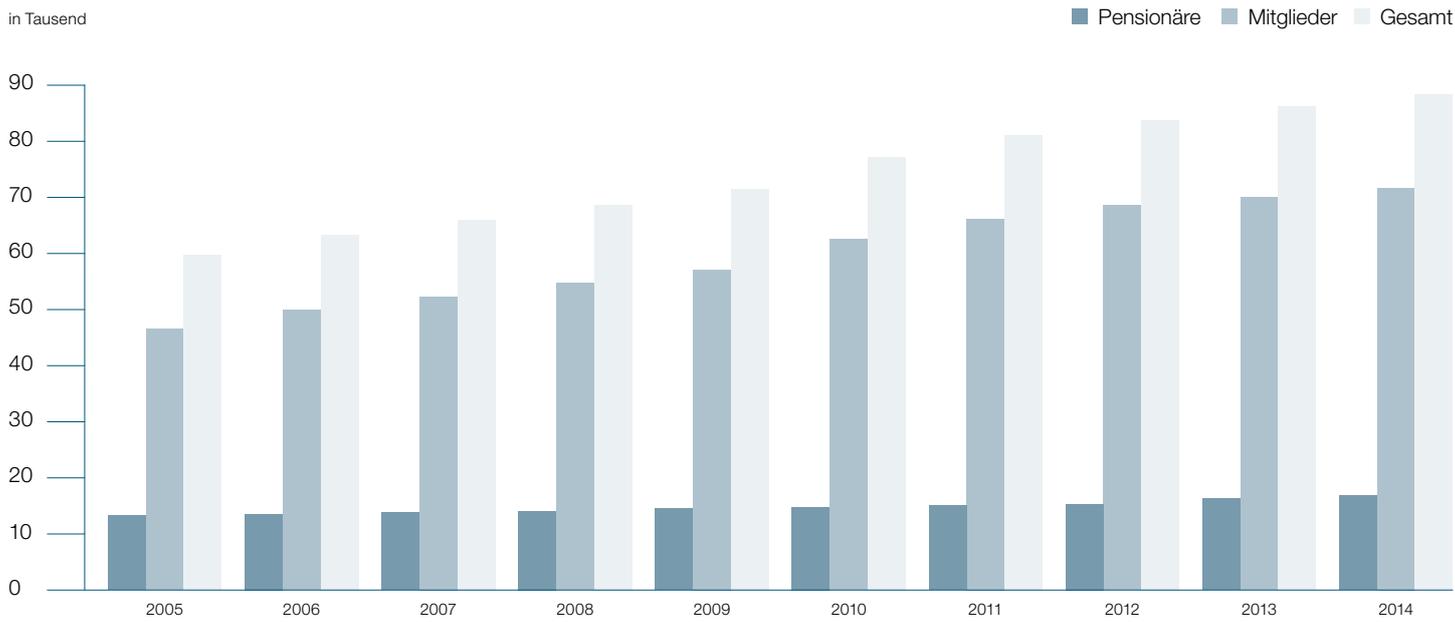
Betriebliche Altersversorgung

- > Teilnahme am Deutschen Betriebsrätetag in Bonn – dem zentralen Treffpunkt der Betriebsräte aller Branchen aus ganz Deutschland – mit einem Informationsstand
- > Informationsstand bei dem Bundesparteitag einer Volkspartei, deren Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle Mitglieder der PKDW sind
- > Durchführung mehrerer eintägiger Seminare zur Betrieblichen Altersversorgung im Rahmen einer IG BCE – Seminarreihe für Betriebsräte mit dem Schwerpunktthema »Altersübergang«.

Darüber hinaus informierten wir unsere Mitgliedsunternehmen durch eine aktuelle Ausgabe unserer Informationsschrift »Vision«, die dieses Mal ganz im Zeichen des Vorruhestands stand.

Die PKDW freut sich auf ein spannendes Jahr 2015 in der Betrieblichen Altersversorgung insgesamt, auf die Weiterentwicklung von Vorruhestandsmodellen im Speziellen und insbesondere auf die weiterhin gute Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedsunternehmen, Mitgliedern und Rentnern.

Entwicklung der Personenzahl der Pensionäre und Mitglieder seit 2005



Jahr	Mitglieder		Pensionäre		Gesamt
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	
2005	46.174	77,8%	13.166	22,2%	59.340
2006	49.561	78,7%	13.393	21,3%	62.954
2007	51.970	79,2%	13.660	20,8%	65.630
2008	54.317	79,6%	13.932	20,4%	68.249
2009	56.739	79,9%	14.290	20,1%	71.029
2010	62.060	81,0%	14.602	19,0%	76.662
2011	65.671	81,6%	14.857	18,4%	80.528
2012	68.094	81,8%	15.181	18,2%	83.275
2013	69.573	81,2%	16.097	18,8%	85.670
2014	71.185	81,1%	16.627	18,9%	87.812

Kapitalmarkt

Das Jahr 2014 war geprägt durch eine Fortsetzung der seit Jahren andauernden Niedrigzinsphase. Die Renditen nahezu aller Anlageklassen haben sich weiter reduziert. Die Risikoaufschläge sind ebenso weiter gesunken und bleiben niedrig.

Die Wirtschaft hat sich 2014 in Euroland erholt: das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich um 0,9% gegenüber dem Vorjahr. Innerhalb der einzelnen Länder gibt es große Unterschiede. Deutschland kann mit einem BIP von 1,5% weiter als der Wachstumsmotor Eurolands bezeichnet werden. Im Vergleich zum Vorjahr (0,1%) hat sich das Wirtschaftswachstum deutlich erholt. Eine starke Verbesserung lässt sich auch in Spanien erkennen. Hier zeigen Sparpläne und Reformen ihre Wirkung. Die Inflation in Euroland liegt bei 0,6%, in Deutschland beträgt der Wert 0,9% gegenüber dem Vorjahreswert.

Aufgrund des weiter sehr niedrigen Wirtschaftswachstums und der niedrigen Inflation kam auch 2014 der Europäischen Zentralbank (EZB) eine bedeutende wirtschaftspolitische Rolle zu. Hauptaufgabe der EZB ist die Aufrechterhaltung der Preisniveaustabilität. Zunehmend orientiert sich die Bank in Richtung des Ziels einer ausgeglichenen konjunkturellen Entwicklung Europas. Mit einer sehr expansiven Geldpolitik hat die EZB versucht, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Im Laufe des Jahres hat die EZB den Leitzins in zwei Schritten von 0,25% im Juni auf 0,15% und schließlich im September auf den historisch niedrigen Satz von 0,05% gesenkt. Der Zinssatz für

Einlagen bei der EZB ist erstmals mit -0,2% negativ festgelegt worden. Zudem hat die EZB im Juni angekündigt, forderungsgesicherte Wertpapiere (ABS) anzukaufen. Im November hat sie schließlich bekannt gegeben, ab März 2015 für 17 Monate je 60 Mrd. EUR in Staatstitel und staatlich garantierte Anleihen zu investieren.

Diese Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft und zur Stabilisierung der Inflationsrate haben zu weiter fallenden Zinsen geführt.

Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren weisen zum 31.12.2014 eine Rendite von 0,55% p. a. aus und haben sich somit im Jahresverlauf in der Verzinsung um 1,4% reduziert (31.12.2013: 1,95% p. a.). Bis zu einer Laufzeit von 5 Jahren weisen deutsche Staatsanleihen zum Jahresende eine negative Rendite aus. Bundesanleihen mit ihren AAA Rating stellen für den Anleger die größtmögliche Sicherheit dar, so dass von einigen Anlegern Negativzinsen akzeptiert werden.

Pfandbriefe mit 10-jähriger Laufzeit, also Papiere, die mit öffentlichen oder Hypothekenkrediten besichert sind, notieren zum Jahresende nur noch mit einer Rendite von knapp 0,8% p. a.

Etwas besser werden noch Bankanleihen (Seniors) verzinst. Sie notieren per 31.12.2014 mit knapp 1,15% p. a.

Kapitalmarkt

Die Entwicklung von Nachrangtiteln hat 2014 ebenfalls einen positiven Verlauf genommen. Die Renditen haben sich auch hier weiter reduziert. Wie im Vorjahr ist es zu keinem Ausfall von Kupons (Zinszahlungen) oder gar von Fälligkeiten gekommen.

Auch die forderungsgesicherten Wertpapiere (ABS = Asset Backed Securities) haben sich weiter gut entwickelt. Aufgrund der Illiquidität der Papiere konnten zum Jahresanfang bei kurzlaufenden ABS noch Renditen oberhalb von 2,5 % erzielt werden. Nicht zuletzt die Ankündigung der EZB, Kaufprogramme für diese Anlageklasse durchzuführen, hat aber auch hier zum Abbau von Risikoaufschlägen in 2014 geführt, so dass die Renditen zum Jahresende nicht mehr signifikant höher waren als in anderen Zinstiteln.

Die expansive Geldpolitik der Zentralbank und die mehrfache Bekräftigung der Aussage, die Zinsen in Euroland niedrig zu halten, hat auch die Rendite in den bisher als Peripherie bezeichneten Ländern gedrückt. Dennoch gab der Unterschied in der Höhe der Renditen 10-jähriger Staatsanleihen zum Jahresende noch ein Bild von der wirtschaftlichen Situation des jeweiligen Landes wieder. So notieren irische Anleihen um 1,25 % – wodurch eine deutliche Erholung seit der Krise und der Erfolg der Reformen und der europäischen Hilfsprogramme gezeigt wird. Es folgen Spanien mit ca. 1,6 % und Italien mit etwa 1,9 %. Renditen um 2,7 % zeigen in Portugal die weiter bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die wirtschaftliche und politische Situation in Griechenland wird mit Renditen um 9,6 % deutlich.

Aufgrund der andauernden Niedrigzinsphase in Euroland, lohnt ein Blick auf die sogenannten Emerging Markets (aufstrebende Märkte). Hierzu zählen viele südamerikanische Länder wie Mexiko und Brasilien, aber auch die Türkei oder osteuropäische Länder wie Ungarn oder Bulgarien. Aufgrund des deutlich höheren Wirtschaftswachstums dieser Länder ist auch das Zinsniveau in der Regel höher. Im letzten Jahr konnten hier in einigen Wirtschaftsräumen zweistellige Renditen erzielt werden, die in vielen Ländern nicht nur durch die Zinsentwicklung, sondern auch den Währungseffekt zustande kommen.

Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus wurden Aktien vor Jahresbeginn 2014 oft als die »alternativlose Anlageklasse« bezeichnet, wenn es um die Portfoliokonstruktion für das Berichtsjahr ging. Doch in einem wirtschaftlich recht schwachen Jahr ist auch die Gewinnsteigerung der Unternehmen begrenzt. Der deutsche Leitindex DAX erzielt eine Performance von 2,64 %. Der EuroStoxx 50 weist eine Wertsteigerung von 4,04 % aus.

Im niedrigen Zinsumfeld ist in 2014 das Interesse an Sachwerten weiter angestiegen. Die Nachfrage nach Immobilien, ob zur Eigennutzung oder als Kapitalanlage, hat sich deutlich erhöht. Somit sind die Preise 2014 weiter angestiegen, so dass die erwartete Rendite parallel zu den Rentenmärkten deutlich reduziert wurde.

Kapitalanlagen

Im weiter andauernden Niedrigzinsumfeld mit niedrigen Risikoaufschlägen sucht die Pensionskasse neben der traditionellen Rentenanlage nach Möglichkeiten der Zusatzrendite. Dabei bleiben wir bei dem seit Jahren bewährten Vorgehen, unsere Kapitalanlagepolitik im Rahmen eines revolvierenden ALM-Ansatzes (Asset Liability Management) jährlich zu überprüfen und neu auszurichten. In diesem Prozess wird zusätzlich entstehenden Risiken mit einem breiter diversifizierten Portfolio begegnet.

In 2014 haben wir nochmals Mittel in Emerging Markets (aufstrebende Märkte) Anleihen investiert. Die Anlageklassen High Yields (Hochzinsanleihen), globale Unternehmensanleihen sowie besondere Rentenstrategien haben ebenfalls stärker Berücksichtigung gefunden.

Es führt aber kein Weg daran vorbei, das Gros der laufenden Liquidität aus Beiträgen, Fälligkeiten und Zinszahlungen weiterhin in traditionelle festverzinsliche Wertpapiere anzulegen. Diese Vorgehensweise ist bei Pensionskassen üblich und im ALM-Prozess vorgezeichnet. So kann eine gut planbare Verzinsung generiert werden. Zusätzliche Renditemöglichkeiten sind in den Anlageklassen Private Equity und Immobilien gesucht worden.

Im Folgenden wird die Entwicklung der einzelnen Anlageklassen differenzierter erläutert:

Aktien

Die Erwartungshaltung vieler Marktteilnehmer an die Anlageklasse Aktien war für das letzte Berichtsjahr sehr hoch. Aktien sind als die große Alternative im Niedrigzinsumfeld angesehen worden. Der EuroStoxx50-Performance-Index, der als Vergleichsmaßstab für unser Aktienanlage gilt, weist für 2014 jedoch nur eine Performance von 4,04 % aus. Die PKDW ist mit einer Aktienquote von ca. 2 % (30,7 Mio. Euro) in das Berichtsjahr gegangen. Die im Vorjahr zur Risikobegrenzung eingegangene Teilbesicherung des Bestandes ist Anfang des Jahres aufgelöst worden. Das Investment in den Small-Cap-Fonds ist im Jahresverlauf veräußert worden. Die Aktienanlagen unserer Hauptfonds rentieren 2014 insgesamt mit 3,37 %.

Private Equity

Das über mehrere Jahre aufgebaute Private Equity Portfolio (außerbörsliches Eigenkapital) ist auch 2014 weiter ausgebaut worden. Im Jahresdurchschnitt betrug der Anteil 2,7 % unserer Kapitalanlagen. Wir halten in diesem Bereich vor allem Dachfonds, die über Private Equity-Gesellschaften in Übernahmetransaktionen (Buy-Out) investieren. Zur Beimischung legen wir Mittel auch in direkten Fondsanlagen in den Bereichen Mezzanine-Kapital, Buy-Outs und Real Estate an. Wachsende Bedeutung hat im Private Equity-Bereich die Investition in erst-rangige Darlehen an übernommene Unternehmen gewonnen. Im Laufe des Jahres sind hier für drei Investments Zusagen gemacht worden. Das Portfolio weist zum Jahresende einen

Kapitalanlagen

Buchwert von 49,3 Mio. EUR auf (Vj. 36,4 Mio. Euro). Aus den neuen Fonds wurden bereits 4,9 Mio. Euro abgerufen. Wir verzeichnen laufende Erträge von 2,5 Mio. Euro.

Festverzinsliche Wertpapiere

Die festverzinslichen Wertpapiere stellen weiterhin den größten Teil des Pensionskassenportfolios dar. Das Volumen an Festverzinslichen hat sich im Berichtszeitraum auf 1.378,4 Mio. Euro (Vj. 1.303,5 Mio. Euro) erhöht. Die Anlagen liegen im Direktbestand und in Investmentfonds. Sie stellen einen Anteil von 86 % an den gesamten Kapitalanlagen, ein Anstieg von gut 1 % gegenüber dem Vorjahr (Vj. 84,9 %). Der Grund liegt in dem mit der zunehmenden Diversifikation der festverzinslichen Anleihen verbundenen Wachstum, insbesondere im Ausbau des Emerging Market Bestandes.

I. Traditionelle festverzinsliche Wertpapiere

Der Direktbestand an Forderungen gegenüber Banken und der öffentlichen Hand beträgt zum Jahresende 2014 nunmehr 1.029,8 Mio. Euro (Vj. 1.065,7 Mio. Euro). Diese Kapitalanlagen unterliegen folgenden Sicherungssystemen bzw. Risikoeinordnungen:

1. Pfandbriefe

Diese Forderungen gegen deutsche und europäische Banken sind durch Hypotheken und öffentliche Kredite besichert. Sie machen 2014 mit 292,1 Mio. Euro eine ähnliche Größenordnung aus wie im Vorjahr (Vj. 291,9 Mio. Euro).

2. Einlagensicherung des privaten Bankgewerbes

Das Volumen bei privaten Banken mit Absicherung über den Einlagensicherungsfonds ist mit 174,3 Mio. Euro leicht gegenüber 2013 angestiegen (Vj. 161,3 Mio. Euro)

3. Genossenschaftliches Sicherungssystem

Durch dieses Sicherungssystem gedeckte Anlagen betragen zum Berichtsjahresende 81,0 Mio. Euro (Vj. 91,0 Mio. Euro).

4. Öffentlich-rechtliche Banken

Abgesichert durch das Sicherungssystem der Sparkassen und Landesbanken war 2014 ein Volumen von 233,0 Mio. Euro (Vj. 246,0 Mio. Euro).

5. Souveräne Staaten und deren Finanzierungsvehikel

Der Bestand von Staats- und Länderanleihen ist von 119,7 Mio. Euro auf 126,9 Mio. Euro im Berichtsjahr weiter angewachsen.

6. Nachrangige Anleihen

Der Bestand an ungesicherten Anleihen hat sich auf 32,7 Mio. Euro deutlich reduziert. (Vj. 58,3 Mio. Euro). Die Reduzierung ist im Wesentlichen auf Fälligkeiten zurückzuführen. Neue Bestände wurden von unseren Vermögensverwaltern in entsprechenden Mandaten aufgebaut.

7. Sonstige

Vom Gesamtbestand an festverzinslichen Wertpapieren (1.378,4 Mio. Euro) werden 219,4 Mio. Euro in den Fonds verwaltet, die wir an dieser Stelle aufgrund der breiten Streuung nicht weiter aufgliedern. Es handelt sich zu einem großen Teil

Kapitalanlagen

um Anleihen aus den Emerging Markets Ländern. Die Anlagen ohne Absicherung haben sich von 97,5 Mio. Euro auf 89,8 Mio. Euro reduziert. Bei den Papieren handelt es sich im Wesentlichen um Inhaberschuldverschreibungen von Banken.

Zusatzangaben zum indirekten Bankenexposure

Das über Fonds gehaltene Bankenexposure ist im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert: es beträgt 37,4 Mio. Euro (Vj. 36,4 Mio. Euro). Dabei entfallen auf Renten 34,1 Mio. Euro (Vj. 29,7 Mio. Euro) und auf Aktien 5,1 Mio. Euro (Vj. 6,7 Mio. Euro). Vom Rentenbestand sind 8,1 Mio. EUR (Vj. 15,3 Mio. EUR) in Covered Bonds (Pfandbriefe und andere europäische Papiere mit ähnlicher Besicherung) investiert, bei den übrigen 26 Mio. Euro (Vj. 20,6 Mio. Euro) handelt es sich um breit diversifizierte Finanzanlagen.

II. Asset Backed Securities (ABS)

Der Bestand in dieser Anlageklasse liegt zum Jahresende bei 36,8 Mio. Euro und damit leicht über dem Vorjahr (Vj. 34,6 Mio. Euro). Es handelt sich um einen recht illiquiden Markt. Die Illiquiditätsprämie führt zu einem attraktiven Risiko-Rendite-Verhältnis. Bei ABS Papieren handelt es sich in der Regel um Papiere mit kurzer Laufzeit oder Floater (variabel verzinsliche Papiere). Die Kreditprüfung sowie die Administration dieser Papiere ist sehr komplex, so dass wir diese Wertpapiere ausschließlich bei externen Managern verwalten lassen. Innerhalb der ABS Papiere ist die Anlage weiterhin breit gestreut, so wird beispielsweise in europäische Hypotheken, Unternehmensanleihen und gebün-

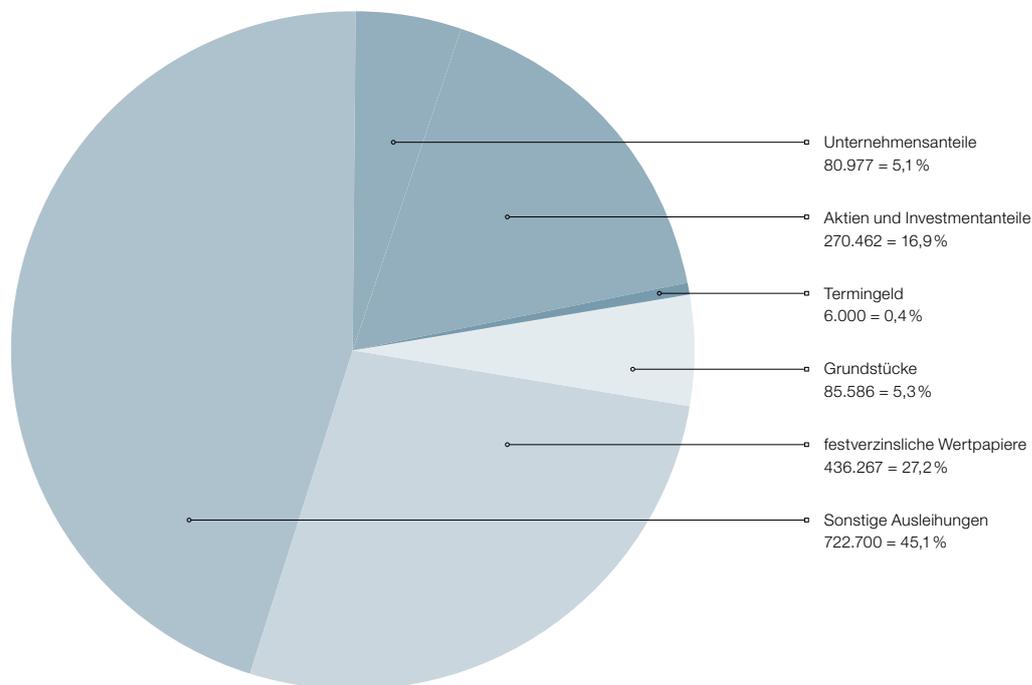
deltete Forderungen gegen die öffentliche Hand investiert. Wir erzielen in diesem Segment als Folge der Erholung dieser Titel z. T. zweistellige Renditen. Insgesamt betragen die neben den laufenden Erträgen generierten Veräußerungsgewinne und Erträge bei Tilgung im Direktbestand (24,6 Mio. Euro) 1,3 Mio. Euro.

III. Unternehmensanleihen

Auch bei Unternehmensanleihen ist eine aufwendige Kreditprüfung beim Erwerb und während der Laufzeit der Papiere notwendig. Aus diesem Grund wird auch hier der Großteil dieser Anlageklasse von externen Managern verwaltet. Das Volumen ist in 2014 auf 120,4 Mio. Euro (Vj. 102,6 Mio. Euro) angestiegen. Im niedrigen Zinsumfeld sind Unternehmensanleihen durch ihren Kreditaufschlag noch attraktiv gewesen. Bei Unternehmensanleihen sind die Risiken der Investitionen breit gestreut worden. Diese Diversifikation findet hier auf Länder- sowie auf Branchenebene statt.

Wie bei den Bankanleihen weisen wir auch bei den Unternehmensanleihen nachrangige Titel ab diesem Jahr separat aus. Das Volumen beträgt 20,7 Mio. Euro und war in den Vorjahren unter der Anlageklasse Corporates (Unternehmensanleihen) kategorisiert.

Bestände der Kapitalanlagen in TEuro zum 31.12.2014



Gesamt: TEuro 1.601.992

Von der Bonität her befindet sich das Gros dieser Anleihen im Investment-Grade-Bereich. Anlagen im High Yield Bereich bilden wir mit zwei Publikumsfonds ab, das Volumen beträgt 7,3 Mio. Euro (Vj. 6,3 Mio. Euro). Bei Unternehmensanleihen konnten wir leicht höhere Erträge als im übrigen Direktbestand erzielen. Die Wertsteigerungen fielen laufzeitbedingt allerdings niedriger aus.

Regionale Herkunft der Schuldner festverzinslicher Wertpapiere

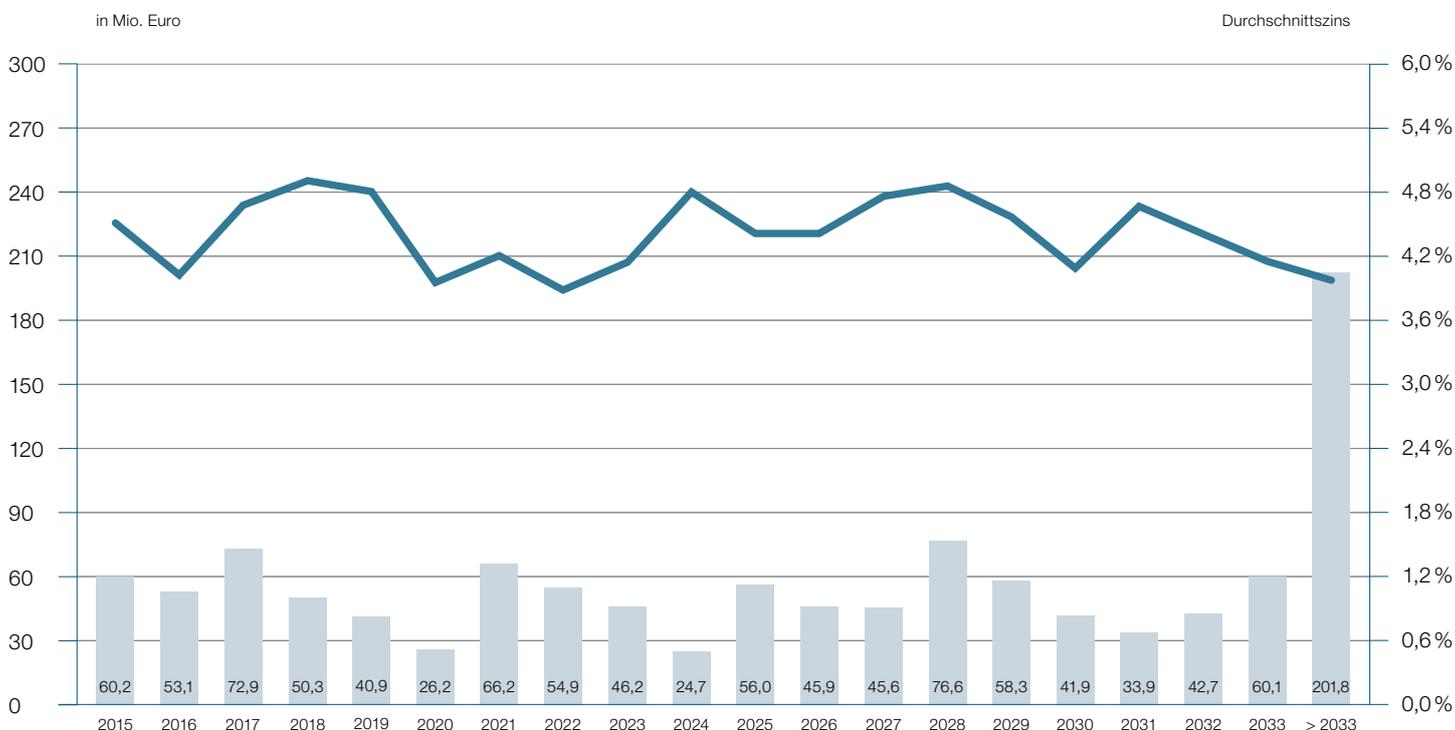
Die Diversifikation der Rentenanlagen auf Länderebene ist weiter angestiegen. Der Kernbestand unserer Anlagen liegt weiterhin in Deutschland. In den letzten Jahren hat aber eine deutliche regionale Verbreiterung stattgefunden. Durch die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank hat die Differenzierung in Peripherie- und Kernländer an Bedeutung verloren. Die zunehmende Verteilung der Länderrisiken findet in unserem Rentenbestand – aber auch in unseren Fonds statt. Eine Übersicht über die Gesamtrisiken (inklusive Fonds) findet

sich in Tabelle Länderrisiken bei festverzinslichen Wertpapieren. Bei den Fonds kann es zu kurzzeitigen Anpassungen der Länderallokationen kommen. Dagegen verändert sich unsere eigene Quotenaufteilung aufgrund der Buy- und Hold-Strategie nur langfristig. Deswegen hierzu weitere Erläuterungen.

Zum Stichtag 31.12.2014 befinden sich 55,9 % (Vj. 59,8 %) der Rentendirektbestände in Höhe von 1.159,0 Mio. Euro in Deutschland. Die Länderschwerpunkte in Europa stellen sich wie folgt dar:

6,4 % (Vj. 5,9 % des Direktbestands) entfallen auf französische und 6,2 %, (wie Vorjahr) auf niederländische Schuldner. Dann folgen österreichische Anleihen mit 5,5 % (Vj. 5,3 %) und britische Investments mit 3,5 % (Vj. 4,4 %). Die Quote spanischer Emittenten liegt nur leicht verändert bei 3,3 % (Vj. 3,5 %). Die Schuldnerquote in Italien beträgt 2,7 % (Vj. 1,4 %), in Irland 2,4 % (Vj. 2,5 %). Die Bestände in Norwegen sind bis zu einem Volumen von 26 Mio. Euro aufgebaut worden, was einer Quote von 2,2 % entspricht.

Fälligkeitenfächer – festverzinsliche Namens- und Inhaberpapiere



In Mio. Euro nach Nennwerten per 31.12.2014 – Durchschnittsnominalzins: gewogener Durchschnitt des jeweiligen Jahres
Gesamtsumme: 1.158,4 Mio. Euro – Durchschnittsnominalzins gesamt: 4,34 % (inkl. ABS) – durchschnittliche Restlaufzeit: 13,6 Jahre (vertragliche Laufzeit)

In Osteuropa sind Investments in Polen, Slowenien und der Slowakei zu erwähnen. Außerhalb Europas ist eine USA-Quote von 2,1 % (Vj. 1,7 %) zu nennen.

Im Bereich der Emerging Markets haben wir zur weiteren Diversifikation neben Beständen in Mexiko und Brasilien auch Anlagen in der Türkei und in Russland vorgenommen.

Immobilien

Der Bestand an direkt und indirekt gehaltenen Immobilien ist 2014 auf 133,5 Mio. Euro (Vj. 125,4 Mio. Euro) angestiegen. Der Großteil der Anlageklasse Immobilien besteht weiterhin aus den Immobilien des Eigenbestandes. Das Volumen liegt bei 114,9 Mio. Euro (Vj. 114,0 Mio. Euro)

Der Ausbau der Immobilienquote hat vor allem im Fondsbereich stattgefunden. Hier sind wir ein neues Investment in Form eines gewerblichen Sondervermögens eingegangen. Der Buchwert liegt bei 9,6 Mio. Euro.

Der Schwerpunkt der Immobilienanlage im Direktbestand bleibt aber der Bereich Wohnimmobilien. Im Niedrigzinsumfeld sind auch die Renditen im Immobilienbereich zurückgekommen. Bei vorhandenen Investments verzeichnen wir Wertzuwächse. Die Anlage in Sachwerten bleibt für die Pensionskasse insgesamt weiter attraktiv.

Mitglieder, Beiträge und Leistungen

3.095 neue Mitglieder sowie ein Gesamtbeitragswachstum in Höhe von 3,0 % bedeuten für die PKDW im Jahr 2014 wiederum eine positive Bestandsentwicklung. Damit erreichen wir die selbst gesteckten und im Geschäftsbericht 2013 beschriebenen Ziele deutlich.

I. Der Versichertenbestand der PKDW

Die Anzahl der Neumitglieder im Jahr 2014 betrug 3.095 Personen. Damit wurde die Neumitgliederzahl im Vergleich zum Jahr 2013 (2.780 Neumitglieder) übertroffen, zumal diese deutliche Bestandszunahme im Jahr 2014 keine weitere Bestandsübernahme beinhaltet. Zur Erinnerung: Im Jahr 2013 übernahm die PKDW die Verseidag Pensionskasse.

Das Verhältnis von Mitgliedern zu Rentnern entwickelt sich weiterhin positiv. Im Berichtsjahr liegt der Anteil der Mitglieder aktuell bei 81,1 %. Die Grafik auf Seite 14 stellt diese Entwicklung dar. Beginnend im Jahr 1998 mit einem Mitgliederanteil von lediglich 60,1 %, stabilisiert sich der Mitgliederanteil trotz steigender Anzahl von Rentenübergängen in 2014 mit 1.390 Neurentnern; 2013 mit 1.055 Neurentnern bei rund 81 %. Dieses gute Verhältnis wird seit vielen Jahren durch kontinuierliche Neuzugänge gefestigt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten insbesondere bei einem Unternehmen der Abfallwirtschaft Neumitglieder durch die Einführung einer nahezu konzernweiten Versorgungsordnung gewonnen werden. In einem Unternehmen der Baubranche wurde durch gezielte Information unserer Ansprechpartner eine Steigerung bei der Inanspruchnahme der bestehenden

Versorgungsregelung erzielt. Selbst für den wenig genutzten Tarif E, konnte eine prozentual deutliche Zunahme der Neumitglieder in die Bücher genommen werden.

II. Das Beitragswachstum der PKDW

2.016 TEuro betrug das Wachstum unserer Beitragseinnahmen im Jahr 2014 (2013: 1.672 TEuro). Dies entspricht einer Erhöhung der Gesamtbeiträge um 3,0 % (2013: 2,6 %).

Die Gesamtbeiträge für das Jahr 2014 belaufen sich auf 69,1 Mio. Euro.

Insbesondere der Personalabbau in einem der großen PKDW-Mitgliedsunternehmen und die damit einhergehende Anwendung der sogenannten »steuerlichen Vervielfältigungsregelung« sowie die Durchführung und Begleitung der Liquidation eines Mitgliedsunternehmens führten zu einem deutlichen Plus von Einmalbeiträgen (2014: 1.424 TEuro; 2013: 175 TEuro).

Aus gleichen Gründen erhöhten sich die laufenden Beiträge verhältnismäßig geringer als die Gesamtbeiträge (2014: 67.690 TEuro; TEuro; 2013: 66.920 TEuro). Dies entspricht einem Anstieg von 1,2 %. Dennoch basieren unsere Gesamtbeiträge im Vergleich zu Lebensversicherungen nahezu ausschließlich auf laufenden Beiträgen. Bei den Lebensversicherungsunternehmen zeichnet sich nach Branchenangaben bei den laufenden Beiträgen für das Geschäftsjahr 2014 ein Rückgang von 0,9 % ab. Die Pensionskassen der Lebensversicherungswirtschaft berichten für das Jahr 2014 sogar einen Beitragsrückgang von 4,4 %. Beide Kenngrößen (Versicher-

Mitglieder, Beiträge und Leistungen

tenbestand und Beiträge) entwickelten sich bei der PKDW im Vergleich zur Lebensversicherungswirtschaft positiv.

Die Daten zur Entwicklung der deutschen Pensionskassen liegen um ein Jahr zeitverzögert vor. Danach zeigen die versicherten Brutto-Beiträge aller Pensionskassen (laut Geschäftsbericht der BaFin) und der PKDW in den Jahren 2009 bis 2013 Folgendes:

Entwicklung der Bruttobeiträge

Jahr	alle Pensionskassen	PKDW
2013	+ 3,9 %	+ 2,6 %
2012	+ 5,9 %	+ 4,4 %
2011	+ 1,7 %	+ 9,1 %
2010	- 0,7 %	+ 9,9 %
2009	- 3,7 %	+ 2,4 %

Bei den Branchenzahlen ist zu berücksichtigen, dass das ohnehin geringe Beitragswachstum nach Angaben der Aufsichtsbehörde insbesondere durch zwangsweise Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge auf bis zu 450 % der ursprünglich geleisteten Beiträge bei Beitragsdeckungskassen resultiert.

Das Beitragswachstum der PKDW liegt bezogen auf die Jahre 2009 bis 2013 mit einer Höhe von 31,5 % deutlich über dem Beitragswachstum aller Pensionskassen (7,0 %) des gleichen Zeitraumes.

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde unser Wachstum bei den laufenden Beiträgen von dem Personalabbau einzelner PKDW-Trägerunternehmen belastet.

Die Zahl der Mitgliedsunternehmen mit einem Jahresbeitrag von über 1 Mio. Euro blieb unverändert hoch. Bei diesen Unternehmen konnte fast durchweg eine Steigerung der Beitragseinnahmen festgestellt werden. Im Gegensatz dazu wurde der Beitrag bei einigen Unternehmen mit Gesamtbeiträgen zwischen 500 TEuro und 1 Mio. Euro zum Teil plangemäß (Personalabbau, Auslaufen von Versorgungsregelungen) reduziert. Dennoch gelang über die vergangenen Jahre hinweg in diesem Beitragsbereich eine deutliche Zunahme der Mitgliedsunternehmen.

Das erreichte Wachstum unserer Beitragseinnahmen stützt sich wie in den Vorjahren – zu einem Anteil in Höhe von 1.839 TEuro (2013: 3.736 TEuro) auf in 2014 aufgenommene Neumitglieder.

Der Durchschnittsbeitrag bezogen auf alle Mitglieder lag 2014 bei 951 Euro (Vj. 962 Euro). Die durchschnittlichen Beiträge pro Mitglied lagen in den neun Jahren davor zwischen 917 Euro und 962 Euro. Einen Überblick über die Entwicklung der durchschnittlichen Beiträge gewährt die Tabelle auf Seite 25 dieses Geschäftsberichtes.

Insgesamt fand der Anstieg der Beitragseinnahmen – wie in den Vorjahren – nahezu ausschließlich im klassischen Rentenversicherungstarif A der PKDW statt. Die Tarife B und V laufen geplant langsam aus. Der vor einigen Jahren neu geschaffene Tarif E wies zwar erneut attraktive wirtschaftliche Ergebnisse für die Versicherten aus, wird aber weiterhin praktisch nicht in Anspruch genommen.

Mitglieder, Beiträge und Leistungen

Entwicklung der laufenden und Einmalbeiträge in TEuro

Jahr	Laufende Beiträge		Einmalbeiträge	Gesamtbeiträge
	Firmenmitglieder	Einzelmitglieder		
2005	39.831	4.479	283	44.593
2006	42.316	4.769	390	47.475
2007	43.474	4.814	228	48.516
2008	46.127	4.808	145	51.080
2009	47.027	5.010	252	52.289
2010	51.907	5.368	181	57.456
2011	57.039	5.363	292	62.694
2012	59.632	5.421	370	65.423
2013	61.210	5.710	175	67.095
2014	61.653	6.037	1.421	69.111

Bezogen auf die laufenden Beiträge besitzt der Tarif A einen Anteil von unverändert 99,9 % am Gesamtbeitrag. Die detaillierte, mehrjährige Beitragsentwicklung beschreibt die nachfolgende Tabelle.

Der größte Anteil der Neugeschäftsentwicklung im Jahre 2014 basiert auf den bestehenden Mitgliedsunternehmen. Wir haben 2014 drei neue Unternehmen (2013: acht Unternehmen) aufgenommen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Betriebliche Altersversorgung langfristig zu sehen ist und die Aufnahme neuer Unternehmen in der Regel erst nach Jahren an Bedeu-

tung für das Mitglieder- und Beitragswachstum in der PKDW gewinnt.

Von den derzeit 71.185 Mitgliedern wurden 68.850 Mitglieder (96,7 %) seit dem 01.01.2000 aufgenommen. Die Gewinnung von Neumitgliedern in allen Branchen erweist sich aufgrund der heutigen Marktveränderungen als besonders wichtig.

Mitglieder, Beiträge und Leistungen

Entwicklung der Durchschnitts-Beiträge und -Pensionen

Jahr	Laufende Beiträge		Pensionen	
	gesamt TEuro	je Aktiver Euro	gesamt TEuro	je Rentner Euro
2005	44.310	960	46.188	3.508
2006	47.085	950	47.441	3.542
2007	48.287	929	48.371	3.541
2008	50.935	938	48.097	3.452
2009	52.037	917	50.443	3.530
2010	57.275	923	50.768	3.477
2011	62.402	950	50.918	3.427
2012	65.053	955	52.758	3.475
2013	66.920	962	55.523	3.449
2014	67.690	951	57.659	3.468

III. Die Leistungen der PKDW

57.659 TEuro betragen die im Jahr 2014 geleisteten Renten und Kapitalleistungen in Summe. Dies entspricht einer Steigerung von 4,0% gegenüber dem Vorjahr. Der Bestand der Rentenempfänger stieg von 16.097 auf 16.627 und damit um 3,3%. Die durchschnittlichen Jahresrenten der letzten zehn Jahre liegen im Bereich von 3.427 Euro und 3.542 Euro. Die Durchschnittsrente im Jahr 2014 lag bei 3.468 Euro (2013: 3.449 Euro) und damit 0,6% über dem Wert des Vorberichts-jahres.

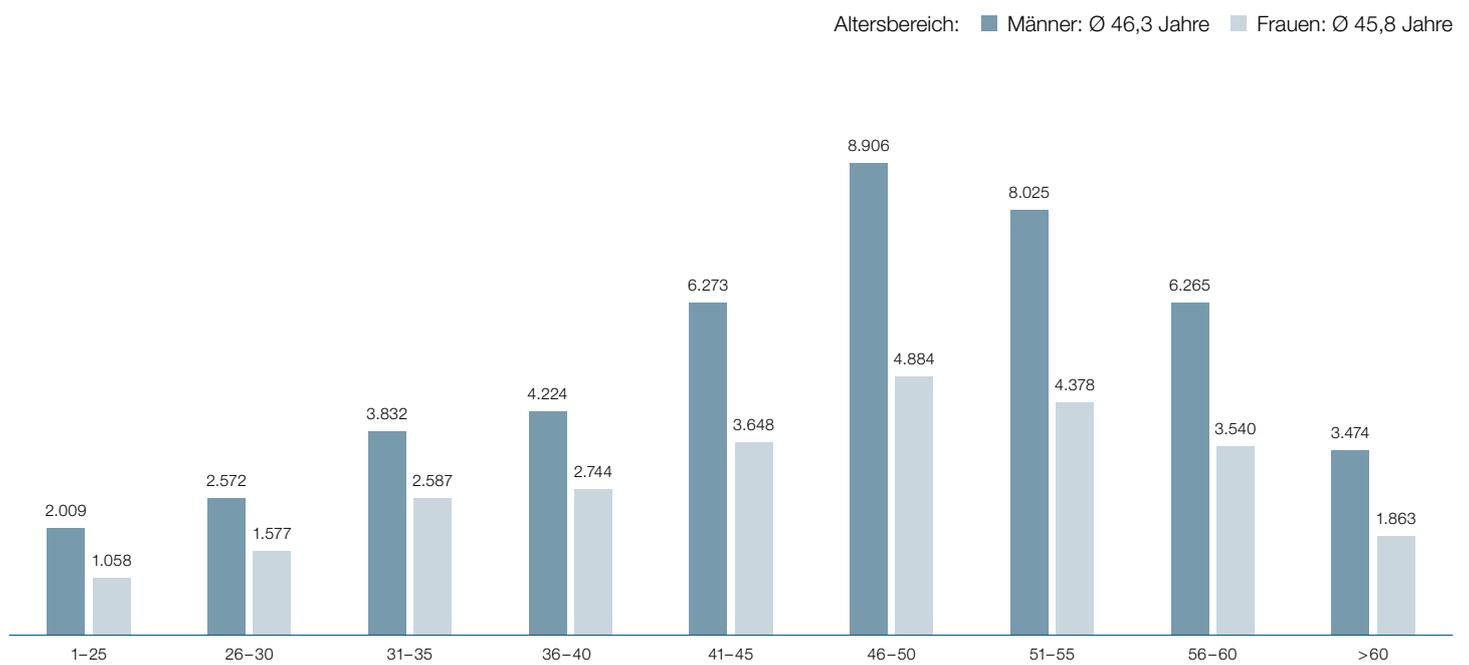
Ungeachtet der Erhöhung der normalen Pensionierungsalter in der gesetzlichen Rentenversicherung nehmen die PKDW Leistungsempfänger ihre Renten- oder Kapitalleistungen fast ausschließlich bis zum Alter 65 in Anspruch. Der Anteil derjenigen, die ihre Leistungen nach Alter 65 beziehen, liegt bei unter fünf Prozent.

IV. Die Bestandsentwicklung 2014

Zusammengefasst hat die PKDW die erfreuliche Bestandsentwicklung der letzten Jahre zielorientiert fortgesetzt.

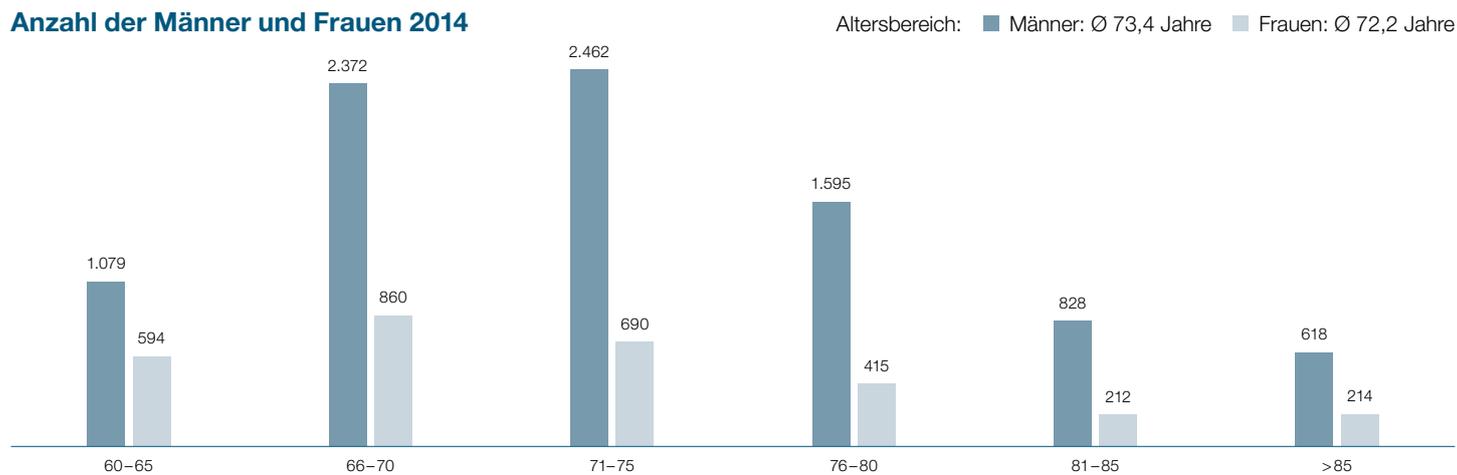
Mitglieder, Beiträge und Leistungen

Altersstruktur der Anwärter – Anzahl der Männer und Frauen 2014

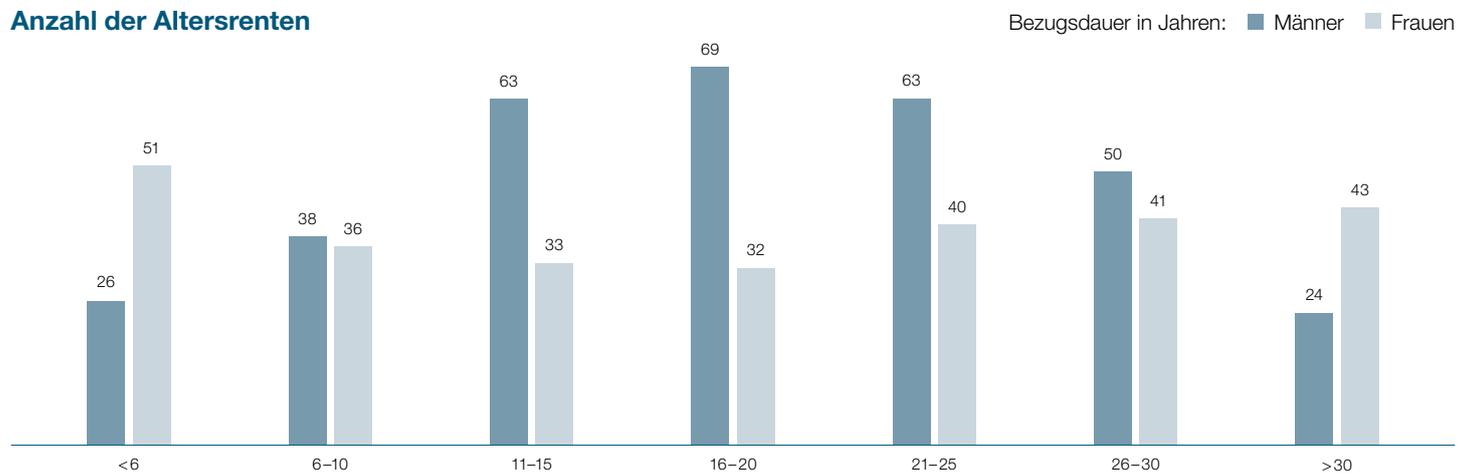


Mitglieder, Beiträge und Leistungen

Altersstruktur der Altersrentner – Anzahl der Männer und Frauen 2014



Rentenbezugsdauer bei Tod in 2014 – Anzahl der Altersrenten



Organe und Verwaltung

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben sich in der Zusammensetzung des Aufsichtsrats Änderungen ergeben. Ausgeschieden sind die Herren Gerhard Geuder, Triumph AG, Wolfgang Goos, Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) sowie Frau Uta Kemmerich-Keil, Merck KGaA. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden die Herren Dr. Hans-Jürgen Stiller, BAVC, Walter Neumann, Triumph AG sowie Rando Bruns, Merck KGaA. Im Vorstand haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Veränderungen ergeben.

Die Zahl der Mitarbeiter der Pensionskasse ist im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter angestiegen. Zum Jahreswechsel beschäftigte die Pensionskasse 35 (Vj. 32) Mitarbeiter. Neben der weiterhin erforderlichen Anpassung des Mitarbeiterbestands an die wachsende Zahl unserer Mitglieder spielte hierbei eine temporäre Doppelbesetzung eine Rolle (Übergang zweier langjähriger Mitarbeiter in den Ruhestand). Im Berichtsjahr ist die Zahl der Vollzeitmitarbeiter aus den beiden genannten Gründen weiter angestiegen und betrug nunmehr 33 (Vj. 29) Mitarbeiter. Die Zahl der Teilzeitmitarbeiter beläuft sich weiterhin auf 3 (Vj. 3). In den Teilzeitmitarbeitern sind eine studentische Hilfskraft und eine gewerbliche Kraft enthalten. Für das Jahr 2015 gehen wir von einer Stagnation der Mitarbeiterzahl auf dem erhöhten Niveau aus.

Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Wir messen die Leistung der Pensionskasse seit vielen Jahren im nicht-finanziellen Bereich am Verhältnis Mitarbeiter auf

Vollzeitbasis zu Versicherten. Hier ergab sich in 2014, gerechnet wie in den vergangenen Jahren ohne Vorstandsmitglieder, Reinigungskräfte und studentische Hilfskräfte eine weitere Verschlechterung der Relation auf einen Mitarbeiter zu 2.833 Versicherten (Vj. 3.173). Nach Abschluss des seit dem Jahr 2012 laufenden Konsolidierungsprogrammes der Pensionskasse gehen wir zum Jahresende von einem Auslaufen des Anstiegs aus.

Die in den Vorjahren dargestellten Konsolidierungsanstrengungen der Pensionskasse angesichts des deutlichen Wachstums in den vergangenen Jahren finden derzeit mit der Einführungsphase des neuen Bestandsführungssystems ihren Höhepunkt. Aktuell sind nahezu alle Mitarbeiter in die Vorbereitung des Systemwechsels eingebunden. Parallel zeichnen sich in 2015 Kapazitätsbindungen für die Umsetzung der neuen Anlageverordnung und der Neuregelungen im Versicherungsaufsichtsgesetz ab. Erfreulich ist allerdings, dass wir vom Gesetzgeber nicht zu einer Einführung von Solvency II gezwungen werden, so dass die mit diesem Projekt verbundenen, ganz erheblichen Aufwendungen bis auf Weiteres nicht anfallen.

Sowohl die Konsolidierung als auch die regulatorischen Belastungen führen zu einer Belastung der Gesamtkostenquote je Versicherten. Gerechnet ohne die Kosten des Kapitalanlagebereichs betragen die angefallenen Kosten in 2014 je Versicherten 41,88 Euro (Vj. 39,64 Euro).

Wirtschaftliche Lage / Jahresüberschuss

Das Geschäftsjahr 2014 der Pensionskasse verlief entgegen den Erwartungen zum Jahresbeginn überraschend positiv. Auf Basis einer Nettoverzinsung von 4,52 % (Vj. 4,55 %) können wir die in den vergangenen Jahren eingeleiteten Maßnahmen zur Risikovorsorge für das anhaltende Niedrigzinsniveau deutlich ausbauen. Erneut wurden hohe Teile des Rohüberschusses (15,1 Mio. Euro) innerhalb der Deckungsrückstellung für mögliche Zinsrisiken reserviert. Weiterhin sind unsere Bewertungsreserven aufgrund der bewussten Entscheidung für eine verpflichtungsorientierte Kapitalanlagepolitik Ende 2014 massiv auf 268,2 Mio. Euro angestiegen. Mit diesen, insgesamt im mittleren dreistelligen Millionenbereich angesiedelten Reserverpositionen, sind wir gut gerüstet für eine länger anhaltende Niedrigzinssituation.

Auf der Mitgliederseite konnten wir wiederum einen deutlichen Zuwachs an neuen Versicherten verzeichnen. Insgesamt fanden 3.095 neue Mitglieder (Vj. 2.780) den Weg in unsere Pensionskasse. Mit einem Beitragswachstum von 3,0 % (Vj. 2,6 %) lagen wir nicht nur über den Vorjahreszahlen, sondern haben auch den sehr schwachen Gesamtmarkt deutlich übertroffen.

Obwohl wir in besonderem Maße von arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen bei unseren Trägerunternehmen betroffen sind, ist es uns im abgelaufenen Jahr erneut gelungen, den negativen Branchentrend nicht materiell auf unsere wirtschaftliche Lage durchschlagen zu lassen. Während insgesamt die versicherungsförmigen Vorsorgelösungen in Deutschland beitragsmäßig stagnieren und die absoluten Zahlen der Versicher-

ten in vielen Bereichen rückläufig sind, machten sich bei uns diese Tendenzen bisher nur in einigen Frühindikatoren bemerkbar. In diesen spüren wir die Zurückhaltung potentieller Trägerunternehmen angesichts der unbefriedigenden Rechtslage in Fragen der Arbeitgeberhaftung und der Anpassungsprüfungsverpflichtung. Die zunehmende Trennung in den Durchführungsweg, also die Pensionskasse oder den Pensionsfonds auf der einen, und die Arbeitgeberzusage, verbunden mit den arbeitsrechtlichen Rahmendaten auf der anderen Seite, verschärft die Defined Benefit-Problematik in Deutschland. In Konsequenz spüren wir auch bei vielen unserer Trägerunternehmen eine zurückhaltendere Bereitschaft, Betriebliche Altersversorgung anzubieten. Allerdings ist es uns – wie auch in den Vorjahren – gelungen, in einer Vielzahl von Unternehmen innovative BAV-Modelle als adäquates Instrument moderner Personalführung zu etablieren. Die Früchte dieser Bemühungen haben wir in Form steigender Beiträge ernten können.

Ängste und Befürchtungen auf Arbeitgeberseite werden auch in der öffentlichen Diskussion durch die bewusste Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank und das anhaltend niedrige Zinsgefüge geschürt. Dabei berichten wir schon seit geraumer Zeit in unseren Geschäftsberichten über unsere Zinssteuerung. Diese haben wir auch in der Geschäftsstrategie für 2014 explizit als verpflichtungsorientiert konzipiert und konnten auch im abgelaufenen Jahr Neuanlagen wieder – sowohl zins- als auch laufzeitmäßig – so anlegen, dass wir eine mittelfristig attraktive Gestaltung der Aktiv- und Passivseite erzielten.

Wirtschaftliche Lage / Jahresüberschuss

Auf der Aktivseite ist es im Jahresdurchschnitt gelungen, Mittel zu einem Zinssatz von 2,97 % anzulegen. Die durchschnittliche Verzinsung der Assets betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 4,41 % (Vj. 4,54 % – ohne ABS).

Die Verzinsung festverzinslicher Wertpapiere ist, wie in den vergangenen Jahren, erneut rückläufig. Auch in diesem Jahr konnten wir uns dem Marktniveau durch Ankauf strukturierter Papiere, unter Inkaufnahme von Zinsschwankungsrisiken und Einkauf vertretbarer Kreditrisiken, teilweise entziehen. Auf der Passivseite hat sich die Zinsanforderung (ohne Zinsschwankungsrückstellung) auf 3,47 % nach 3,52 % im Vorjahr im Wesentlichen durch vermehrten Absatz niedrigverzinslicher Verträge reduziert. Unter Berücksichtigung der Zinsschwankungsrückstellung ergibt sich insgesamt ein Durchschnittszins von 3,33 %. Im höchsten Tarif (4 %) waren noch 799 Mio. Euro (Vj. 829 Mio. Euro) gebunden. Die Tarifgenerationen mit einem Zinssatz von 3 % oder darunter umfassten 675 Mio. Euro (Vj. 610,2 Mio. Euro) auf der Passivseite.

Die Reaktion der Pensionskasse auf das Niedrigzinsumfeld auf der Passivseite der Bilanz beruht damit auf zwei Strategien. Zum einen bilden wir seit mehreren Jahren eine Zinsschwankungsrückstellung. Diese haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 15,1 Mio. Euro dotiert. Sie beträgt nunmehr 38,0 Mio. Euro. Diese Mittel sind nach Einschätzung des Vorstands zunehmend dauerhaft notwendig, um einen Puffer für die mittelfristige Entwicklung vorzuhalten und werden in den

kommenden Jahren voraussichtlich deutlich aufgestockt werden. Zum anderen setzen wir sehr stark auf eine vermehrte Durchmischung und insgesamt dadurch stärkere Zinsreduzierung unserer Passivseite.

Diese beiden passivseitigen Strategien werden auf der Aktivseite durch eine aktive Durationssteuerung, also die Wahl adäquater Laufzeitenbänder für unsere festverzinslichen Wertpapiere und eine entsprechende Risikobereitschaft begleitet. Aktuell streben wir eine Duration von 7 Jahren an.

Auf der bilanziellen Seite finden sich weitere Puffer in den Eigenkapitalpositionen der Pensionskasse. Neben der Verlustrücklage, die auf 50,4 Mio. Euro aufgestockt wurde, dient auch der Schlussüberschussfondsanteil (nunmehr per 31.12.2014 ein Betrag von 33 Mio. Euro nach 27 Mio. Euro) dazu, Reserven für eine ungewisse Zukunft zu bieten. Alle Maßnahmen auf der Aktivseite, die Zinsgestaltung der Passivseite und das Vorhalten von Risikopuffern können aber bei einem langfristigen Geschäftsmodell wie dem der Pensionskasse keine völlige Risikofreiheit für Negativentwicklungen bieten. Regulierte Pensionskassen haben daher nach den Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes eine Sanierungsklausel in ihrer Satzung, die die Pensionskasse auch bei negativen Kapitalmarktentwicklungen vor Insolvenz schützt. Die Ratio dieser Vorschrift, die sich bei uns in § 16 der Satzung befindet, liegt darin sicherzustellen, dass selbst bei negativen Zinssätzen ein

Wirtschaftliche Lage / Jahresüberschuss

Versorgungsniveau aufrechterhalten werden kann. Gerade der zunehmenden Zahl von älteren Rentnern/innen ist nicht damit geholfen, dass man ihre Altersvorsorge in einem Negativzinsumfeld für undurchführbar erklärt. Selbst bei einem anhaltenden Negativzinsniveau kann man dieser Bevölkerungsgruppe weiterlaufende Leistungen in einem belastbaren organisatorischen und rechtlichen Umfeld anbieten. Mit Blick auf die starken Reserven in der Bilanz können wir nach unserer Einschätzung, selbst eine mehrjährige Phase leicht negativer Zinssätze überbrücken.

Analysiert man vor dem Hintergrund der guten Ertragsituation die Ergebnisquellen, so zeigt eine Aufgliederung des Jahresüberschusses ohne Berücksichtigung der Zuweisungen zur Zinsschwankungsrückstellung (ZSR), dass der Bruttoüberschuss von 23,8 Mio. Euro (Vj. 22,9 Mio. Euro) mit 19,4 Mio. Euro (Vj. 17,0 Mio. Euro) aus dem Kapitalanlageergebnis, mit 1,7 Mio. Euro (Vj. 1,7 Mio. Euro) aus dem Verwaltungskostenergebnis und mit 3,7 Mio. Euro (Vj. 3,7 Mio. Euro) aus dem Risikoergebnis stammt. Das sonstige Ergebnis ist mit –1,0 Mio. Euro (Vj. +0,5 Mio. Euro) beteiligt. Berücksichtigt man die Zuführung zur ZSR von 15,1 Mio. Euro, so ergibt sich für 2014 ein Kapitalanlageergebnis von 4,3 Mio. Euro. Der Bruttoüberschuss von 8,6 Mio. Euro (23,8 Mio. Euro abzgl. ZSR-Dotierung) setzt sich bilanziell aus dem Jahresüberschuss von 0,4 Mio. Euro (Vj. 1,4 Mio. Euro) und der Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung mit 8,2 Mio. Euro (Vj. 5,6 Mio. Euro) zusammen.

Damit trugen wie in den vergangenen Jahren alle drei betriebswirtschaftlichen Ergebniskomponenten in angemessener Art und Weise zum Jahresüberschuss bei.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag lagen nicht vor.

Zielerreichung

Alle im Geschäftsbericht 2013 gesetzten Ziele wurden erreicht: Der Zugang an Neumitgliedern übertraf die beschriebenen Erwartungen.

Das Beitragswachstum 2014 liegt über den Vorjahresergebnissen und damit oberhalb unserer Erwartungshaltung und dies vor dem Hintergrund einer rückläufigen Marktentwicklung.

In der Kapitalanlage verlief die Situation in 2014 besser als erwartet. Erneut kam es zu guten Ergebnissen auf den Risikokapitalmärkten. Die wesentliche Ursache hierfür lag in den unerwarteten und massiven Eingriffen der Europäischen Zentralbank in die Kapitalmärkte.

Die im vergangenen Jahr beobachteten Langlebigkeitstrends haben sich im laufenden Jahr nicht weiter fortgesetzt. Allerdings richten wir unsere besondere Aufmerksamkeit auf dieses Thema.

Wirtschaftliche Lage / Jahresüberschuss

Prognoseberichterstattung und Ausblick

Für die Zeitdauer der von der Europäischen Zentralbank beschlossenen Eingriffe in die Kapitalmärkte rechnen wir mit einem Zinsniveau, das die Erwirtschaftung unserer tarifgemäßen Verzinsung durch Neuanlagen nicht ermöglichen wird. Über den genannten Rahmen bis zum September 2016 hinaus sollten allerdings die vorhandenen Wertpapiere noch gut ausreichen die notwendigen Mittel für die Erwirtschaftung der passivseitigen Verzinsung zu generieren.

Die Betriebliche Altersversorgung in Deutschland wird derzeit von der Diskussion um neue Instrumente (§ 17b BetrAVG) geprägt. Es bleibt abzuwarten, ob hier mittelfristig neue Wettbewerbsverhältnisse für unsere Pensionskasse entstehen. Für das Jahr 2015 glauben wir, dass die Entscheidung für traditionelle Anbieter hinterfragt werden wird.

Daher sind wir bei Mitglieder- und Beitragswachstum auch auf niedrigere Wachstumsraten eingestellt. In der Kapitalanlage werden sich die a. o. Erträge durch den Abbau des Zinsniveaus im Laufe des Jahres reduzieren. Für das Gesamtjahr gehen wir davon aus, dass sich die positiven Effekte durch den Zinsrückgang nochmals in einer vernünftigen Gesamtpformance niederschlagen werden. In den Folgejahren wird sich dann dieser Einmaleffekt der Zinssenkung zunehmend nicht mehr in der Performance wiederholen lassen.

Die wesentlichen Risiken in den kommenden Monaten liegen kurz- bis mittelfristig darin, dass es zu unerwarteten Entwicklungen im politischen oder wirtschaftlichen Bereich kommt, die die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank und die hohe Liquiditätsbereitschaft durchkreuzen. Im längerfristigen Bereich werden dann die Auswirkungen dieser Politik auf unsere Gewinn- und Verlustrechnungen zunehmend durchschlagen.

Chancen- und Risikobericht

Zusammenfassung

Insbesondere der weitere Rückgang der Renditen verschärfte im vergangenen Jahr die Risikolage der PKDW. Dies gilt vor allem mittel- und langfristig, da auslaufende Papiere mit Zinssätzen oberhalb der passivseitigen Anforderung nur schwer oder gar nicht mehr adäquat ersetzt werden können. Weiterhin wurden die aufsichtsrechtlichen Anforderungen, die Tendenz zur Langlebigkeit sowie die Rechtsprechung in der BAV verstärkt beobachtet.

Tiefe Anlagezinsen

Für unser wichtigstes Anlagesegment, die Investition in Zinsträger, gestaltete sich die Neuanlage in 2014 immer herausfordernder. Dies ist zunächst auf den massiven Rückgang der Marktzinsen zurück zu führen. Die Rendite für risikofreie Anlagen lag zum Jahresende im kurzen und mittleren Laufzeitenbereich unter Null Prozent. Bundestitel mit zehnjähriger Laufzeit rentierten zum Jahresende bei 0,55 % (Vj. 1,95%). Ebenfalls weiter rückläufig waren in einem Umfeld massiver Liquiditätsbereitstellung die Renditeaufschläge von Anlagen mit Bonitätsrisiken. Exemplarisch genannt werden können in diesem Zusammenhang Anlagen in Europäerperipheriestaaten oder nachrangige Bankanleihen.

Auf der Aktivseite haben wir das Risiko tiefer Zinsen weiterhin dadurch gesteuert, dass wir in der Kapitalanlage durch Verzicht auf Liquidität vermehrt langfristige Papiere eingekauft haben. Auslaufende Strukturen wurden zum Teil ersetzt um von der integrierten Optionskomponente zu profitieren. Ein weiteres Mittel der Gegensteuerung in 2014 war die Diversifikation. Bereits belegte Assetklassen wie Emerging Markets Bonds oder rentennahe Private Equity Anlagen wurden ausgebaut.

Auf der Passivseite begegnen wir dem Risiko tiefer Zinsen bereits seit 2012 durch die Bildung von Zinsschwankungsrückstellungen. Auch auf Basis des Geschäftsjahresergebnisses 2014 wurde dieser Teil der Deckungsrückstellung deutlich aufgestockt.

Regulatorische Anforderungen an Pensionskassen

Solvency II erlangt für Versicherer ab dem Jahr 2016 Gültigkeit. Pensionskassen sind zunächst nicht betroffen. Diese Aussage gilt vor allem für die erste Säule von Solvency II, der Eigenkapitalunterlegung. Es gilt weiterhin als wahrscheinlich, dass umfangreiche Anforderungen zumindest der zweiten (Corporate Governance) und möglicherweise auch der dritten Säule (Berichterstattung) von Pensionskassen in gewisser Form umzusetzen sind. Neben der Betroffenheit durch Solvency II sind weitere europäische Gesetze zu beachten, deren Befolgung organisatorisch herausfordernd ist. Exemplarisch genannt wer-

Chancen- und Risikobericht

den soll an dieser Stelle die europäische Verordnung zur Reduzierung von Risiken aus Derivaten »EMIR« sowie das Gesetz zur Verringerung der Abhängigkeit von Ratings (CRA 3).

Aktuelle Rechtsprechung zur BAV

Im Bereich der Rechtsprechung war das Urteil des BAG bzgl. der Themen »Leistungsherabsetzung« und »Anpassungsprüfungsverpflichtung« für uns und unser Geschäftsmodell von hoher Relevanz. Das Urteil erging zu Lasten des beklagten Arbeitgebers. Es besteht ein Risiko, dass das Engagement der Arbeitgeber, die BAV fortzuführen, nachlässt. Das Geschäftsmodell aller versicherungsförmigen Durchführungswege (Direktversicherung/Pensionskasse) könnte durch Ausbleiben der Beiträge und fehlende Neuakquisition mittelfristig Schaden nehmen.

Langlebigkeit

Seit einigen Jahren ist insbesondere im Bestand der männlichen Rentner eine Tendenz zu einer längeren Lebenserwartung zu beobachten. Die PKDW prüft die Verstärkung der biometrischen Rechnungsgrundlagen der Altтарife, in welchen die Sterblichkeitserwartungen noch nicht so vorsichtig kalkuliert sind wie in den Neutarifen.

Zum Risikomanagementprozess in der PKDW und den Risiken stellen wir nachfolgend im Wesentlichen Auszüge bzw. Zusammenfassungen aus unserem Risikobericht 2014 gemäß § 64a VAG dar.

Risikomanagement in der PKDW

Ziele des Risikomanagements sind:

- I. die Überprüfung und Gewährleistung des Erreichens der auf Seite 2 dieses Geschäftsberichtes genannten Unternehmensziele sowie der in der Geschäftsstrategie und Risikostrategie beschriebenen Ziele;
- II. die Gewährleistung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen, insbesondere an Solvabilität, Bedeckung und Stressszenarien;
- III. die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems sowie der Risikokultur der PKDW unter Berücksichtigung der aktuellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen (MaRisk VA).

In den letzten Jahren haben wir unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach §§ 55c und 64a VAG sowie des BaFin-Rundschreibens 3/2009 (MaRisk VA) das Risikomanagementsystem weiterentwickelt. Die wesentlichen Punkte sind:

Chancen- und Risikobericht

- > Nutzung eines Risikotragfähigkeitskonzeptes (RTF) inkl. eines Budgetsystems,
- > regelmäßige Risikoüberwachung und -bewertung; Verwendung geeigneter Bewertungs- und Steuerungsmethoden,
- > hohe Transparenz des Risikomanagementsystems.

Das RTF ist eines der zentralen Elemente des Risikomanagementsystems. Es zeichnet sich dadurch aus, dass alle wesentlichen Risiken mit Risikodeckungsmasse unterlegt werden. Parallel werden die aufsichtsrechtlichen Anforderungen beachtet, insbesondere Solvabilität, Stresselastizität und Bedeckung. Diese stellen eine strenge Nebenbedingung dar und sind entsprechend einzuhalten. Das RTF der PKDW basiert auf der bilanziellen Sichtweise.

Komponenten der Risikodeckungsmasse sind Teile des Eigenkapitals, der stillen Reserven sowie des erwarteten Ergebnisses des Geschäftsjahres. Auf der Risikoseite werden wesentliche Risiken identifiziert, nach MaRisk-Standard klassifiziert und Stressszenarien ausgesetzt. Dabei werden aufsichtsrechtliche Vorgaben berücksichtigt. Für die nach MaRisk klassifizierten Risiken werden vom Vorstand strategische Budgets vergeben. Die korrelierten strategischen Budgets sollen die Risikodeckungsmasse nicht übersteigen. Für die wesentlichen Ergebnisträger des Aktivbestandes werden vom Vorstand im

Rahmen der unterjährigen Steuerung taktische Budgets vergeben. Ziel ist es, dass die taktischen Budgets nicht überschritten werden.

Risiken werden in der PKDW entweder adhoc oder im Rahmen von halbjährlichen Risikoinventuren gemeldet. Die Steuerung von Risiken erfordert auf das Unternehmen abgestellte Bewertungs- und Steuerungsmethoden.

In den vergangenen Jahren haben wir z. B. tiefe Anlagezinsen als das größte Risiko der Aktivseite ausgemacht. Zur Steuerung dieses Risikos haben wir 2010 ein internes Modell entwickelt, das wir seitdem regelmäßig einsetzen und mit dessen Hilfe wir das Zinsrisiko steuern. Ende 2014 wurde entschieden, dieses Modell planmäßig durch ein erweitertes Modell im Controlling zu ersetzen.

Wir erreichen eine hohe Transparenz des Risikomanagementsystems dadurch, dass wir alle wesentlichen risikorelevanten Dokumente im Rahmen eines elektronischen Risikohandbuchs allen Mitarbeitern zur Verfügung stellen.

Einen Überblick über die Risiken, denen die PKDW ausgesetzt ist, gibt die nachfolgende Aufstellung, bei deren Darstellung wir uns an der Wertschöpfungskette orientiert haben:

Chancen- und Risikobericht

1. Beratung von Kassenfirmen

Als Hauptrisiko identifizieren wir das Ausbleiben von Neugeschäft. Dafür sind vor allem Reputationsrisiken sowie strategische Risiken verantwortlich. Gemessen wird das Risiko u. a. an der monatlich geführten Neumitgliederstatistik. Das im strategischen Rahmen vergebene Budget für das Reputationsrisiko orientiert sich am Ausbleiben von Mitgliedsbeiträgen.

2. Anmeldung von Mitgliedern durch Kassenfirmen

Das Hauptrisiko ist die Verletzung vertraglicher Nebenpflichten und eine fehlerhafte Kalkulation.

Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um versicherungstechnische und operationelle Risiken. Steuerungsinstrumente sind die Allgemeinen Versicherungsbedingungen, Tarifbedingungen, Satzung und die Technischen Geschäftspläne.

3. Abwicklung/Organisation

Hier ist die technische und wirtschaftliche Verfehlung der Technischen Geschäftspläne gemeint.

Dabei handelt es sich vor allem um operationelle und versicherungstechnische Risiken. Gemessen wird das Risiko über die monatliche Statistik der Verwaltungskosten sowie das ver-

sicherungsmathematische Gutachten. Ziel ist die Generierung eines Überschusses aus Biometrie und Verwaltungskosten.

4. Kapitalanlage

Die PKDW legt die ihr anvertrauten Gelder im Wesentlichen in den Bereichen festverzinsliche Wertpapiere, Aktien/Beteiligungen und Immobilien an. Basiswährung unserer Anlagen ist der Euro.

Die Geschäftspolitik der PKDW ist unverändert darauf ausgerichtet, die tarifgemäße Verzinsung durch langfristig stabile Ergebnisquellen abzusichern.

Im Bereich der Kapitalanlage steht das Verfehlen aufsichtsrechtlicher, bilanzieller und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen im Vordergrund.

Hauptrisiken nach MaRisk sind das Marktrisiko, das Kreditrisiko sowie das Konzentrationsrisiko. Die Strategie ist die Erzielung aufsichtsrechtlicher, bilanzieller und wirtschaftlicher Reserven über eine angemessene Kapitalanlagestrategie, die gegebenenfalls durch die ALM-Studie (aktuelle Studie aus Oktober 2014) oder externe Beratung begleitet wird.

Im Anschluss berichten wir über die Risiken in den einzelnen Assetklassen:

Chancen- und Risikobericht

Festverzinsliche Wertpapiere

Vor allem durch festverzinsliche Wertpapiere erzielen wir die gewünschte Ertragsstabilität. Aus diesem Grund haben wir in diesem Bereich in 2014 gut 86 % unserer Kapitalanlagen angelegt. Unsere Durchschnittsverzinsung im Direktbestand (ohne ABS) ist gegenüber dem Vorjahr weiter rückläufig (4,41 % nach 4,54 %). Damit liegen wir weiterhin deutlich oberhalb der passivseitigen Anforderung. Bei Wiederanlagerenditen auf aktuellem Niveau wird die Durchschnittsverzinsung der Aktivseite weiter sinken. Es besteht das Risiko, dass sich diese beiden Zinskurven langfristig schneiden.

Im Jahr 2014 hatten wir keine Zins- oder Tilgungsausfälle bei unseren Schuldern im Direktbestand zu verzeichnen. Durch die Verschärfung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen durch das Bankenrestrukturierungsgesetz bzw. das Gesetz zur Verringerung der Abhängigkeit von Ratings (CRA 3), gewinnt die Prüfung des Kreditrisikos aber weiter an Bedeutung.

Unverändert investiert die PKDW den größten Teil ihres Anlageportfolios in Anleihen von deutschen bzw. europäischen Kreditinstituten mit sehr guter oder guter Bonität. Dabei legen wir Wert auf Systemrelevanz, separate Sicherheiten und/oder Deckung durch Einlagensicherungssysteme.

Das Durchschnittsrating lag im Rentendirektbestand zum Jahresende 2014 wie im Vorjahr bei A+. Ca. 97 % der Kapitalanlagen im Sicherungsvermögen (Vj. 97 %) haben ein Investmentgraderating.

Risiken durch steigende Zinsen haben für die PKDW aufgrund der langfristigen Verpflichtungen primär bilanziellen Charakter. Wir steuern diese bilanziellen Risiken weiterhin durch eine starke Betonung des Direktbestandes. Darüber hinaus verändern wir die Mittelbindungsfristen, um auf Zinsänderungen zu reagieren.

Dem Konzentrationsrisiko begegnen wir in der Pensionskasse durch Limitobergrenzen auf Schuldner- und Konzernebene. Mit unseren Limiten liegen wir deutlich unterhalb der aufsichtsrechtlich möglichen Quoten und sehen das Portfolio als sehr breit gestreut an. Eine ebenso breite Streuung praktizieren wir auf Länderebene und bei Emittentengruppen.

Aktien und Beteiligungen

Angesichts der bilanziellen und wirtschaftlichen Risiken gehen wir Aktienanlagen nur innerhalb von festgelegten Risikobudgets ein. Wir lassen diese Anlagekategorie von Banken und spezialisierten Wertpapierhäusern im Wesentlichen im Rahmen von Spezialfondsmandaten verwalten. Hier sind wir in den Anlageausschüssen dieser Fonds vertreten und steuern hierüber auch die Risikosituation der Pensionskasse.

Im vergangenen Jahr haben wir unseren Anteil an Private Equity Beteiligungen weiter erhöht. Wie bei Aktien wird auch hier der Bestand über Risikobudgets gesteuert. Während wir in den ersten Jahren unserer Investition in diese Assetklasse aus Diversifikationsgründen vorwiegend Dachfonds erworben haben, setzten wir aktuell – auch aus Kostengründen – stärker

Chancen- und Risikobericht

auf die Zeichnung von Zielfonds. Dabei streuen wir über verschiedene Anlageschwerpunkte.

Eine zeitliche Diversifikation erreichen wir durch das kontinuierliche Zeichnen neuer Fonds. Die genannten Maßnahmen senken die Volatilität des Private Equity Gesamtengagements.

Immobilien

Bei Immobilien bestehen unter Risikogesichtspunkten insbesondere Vermietungs- und langfristige Ergebnisrisiken. Beide Risiken werden durch laufende Überwachung der Immobilienanlagen aktiv gesteuert. Die Vermietungsrisiken werden insbesondere durch eine sorgfältige Auswahl der Mieter (z. B. durch Einholung von Bonitätsauskünften) sowie ein zeitnahes, standardisiertes Mahnwesen reduziert.

Die im Immobilienmarkt vorhandenen Risiken beobachten wir weiterhin sorgfältig und bilden bei Überschreiten von bestimmten Risikowerten zusätzliche Wertberichtigungen.

Wir steuern das langfristige Ergebnisrisiko der Immobilienanlage durch eine zeitliche und nutzungsorientierte (aktueller Schwerpunkt bei Wohnimmobilien) Streuung von Immobilienengagements und eine laufende Ergebniskontrolle. In 2014 lag ein Investitionsschwerpunkt bei indirekten Immobilienanlagen mit staatsnahem Mieterhintergrund.

Steuerungsmaßnahmen

In 2014 wurde die Duration durch langfristige Käufe/Vorkäufe gegenüber dem Vorjahr verlängert.

5. Leistungseintritt

Hauptrisiko ist, dass die Leistungen nicht erbracht werden können, weil Mittel nicht verfügbar sind (Liquiditätsrisiko). Im Rahmen des Liquiditätsrisikos nach MaRisk wird geprüft, ob auf Sicht eines Jahres ausreichend liquide Mittel zur Verfügung stehen, um die Zahlungsausgänge des Jahres abzudecken. Das Liquiditätsrisiko spielt für uns aktuell aufgrund der guten Beitragsentwicklung eine untergeordnete Rolle.

Für die festverzinslichen Papiere des Direktbestandes ist eine Durationsbandbreite festgelegt.

6. Rentenphase

Gemeint sind Risiken aus betriebsrenten- oder sozialversicherungsrechtlichen Normen zur Höhe und Zusammensetzung der Rentenleistungen sowie Risiken der Biometrie.

Dabei steht das Langlebighkeitsrisiko als versicherungstechnisches Risiko im Mittelpunkt. Die PKDW beschäftigt sich mit der Verstärkung der biometrischen Rechnungsgrundlagen.

Chancen- und Risikobericht

Neben den bereits genannten versicherungstechnischen Risiken spielen in der PKDW rechtliche Risiken, insbesondere aus Leistungsherabsetzung und Rentenanpassungsprüfungsverpflichtung der Arbeitgeber eine z. T. wesentliche indirekte Rolle für die künftigen Beitragseinnahmen. Eine unmittelbare Betroffenheit der Pensionskasse besteht nicht.

Ausblick und Chancen

Die in der Zusammenfassung genannten Risiken werden uns voraussichtlich weiter begleiten. Die Wiederanlagerenditen haben Anfang 2015 weiter nachgegeben.

Die Zinsprognosen der meisten Experten gehen weiter von mittelfristig sehr tiefen Zinsen aus. Chancen auf höhere Zinsen könnten von einer überraschend starken Konjunktur bzw. einer überraschend dynamischen Preisentwicklung in Euroland kommen. Auch zinssteigernde Impulse aus anderen Wirtschaftsregionen (bspw. USA) könnten sich renditeerhöhend auswirken.

Sollten die Zinsen tief bleiben, besteht, wie auch in den letzten Jahren, die Chance, dass Alternativenanlagen zu Renten wie bspw. Aktien oder Beteiligungen weit oberhalb ihrer langfristigen Durchschnittssätze rentieren.

Anfang 2015 wurde eine neue Anlageverordnung verabschiedet. Durch die sich ergebenden erweiterten Diversifikationseffekte könnte das Risiko des Gesamtportfolios der PKDW sinken.

Wir werden die Rechtsprechung und deren Auswirkungen auf die BAV sowie die biometrischen Rechnungsgrundlagen und deren Verifizierung weiter beobachten.

Länderrisiken bei festverzinslichen Wertpapieren (Gesamtbestand)

Emittent	Länder		davon Staatsanleihen	
	Buchwerte in Euro	Buchwert in % der Kapitalanlagen	Buchwerte in Euro	Buchwert in % der Kapitalanlagen
Deutschland	666.985.137	41,63 %	6.521.604	0,41 %
Niederlande	88.319.870	5,51 %	1.489.301	0,09 %
Frankreich	85.304.622	5,32 %	11.719.432	0,73 %
Österreich	64.298.736	4,01 %	806.582	0,05 %
Spanien	51.342.541	3,20 %	16.062.854	1,00 %
Großbritannien	47.492.755	2,96 %	0	0,00 %
Italien	37.427.648	2,34 %	19.115.620	1,19 %
Irland	33.056.773	2,06 %	7.335.168	0,46 %
Norwegen	27.557.805	1,72 %	6.151.841	0,38 %
USA	27.072.290	1,69 %	0	0,00 %
Supranational	21.774.422	1,36 %	4.951.896	0,31 %
Türkei	16.521.576	1,03 %	11.187.195	0,70 %
Slowenien	13.618.159	0,85 %	12.627.372	0,79 %
Belgien	13.182.071	0,82 %	11.372.987	0,71 %
Mexiko	12.015.244	0,75 %	4.387.301	0,27 %
Portugal	10.919.112	0,68 %	6.169.992	0,39 %
Schweden	8.293.397	0,52 %	0	0,00 %
Luxemburg	7.912.233	0,49 %	0	0,00 %
Brasilien	7.830.610	0,49 %	1.146.120	0,07 %
Dänemark	6.881.144	0,43 %	0	0,00 %
Russland	5.971.262	0,37 %	712.462	0,04 %
Polen	4.939.840	0,31 %	4.939.840	0,31 %
Indonesien	4.587.452	0,29 %	3.849.082	0,24 %
Tschechien	4.228.097	0,26 %	2.518.815	0,16 %
VAE	3.490.512	0,22 %	0	0,00 %
Slowakei	3.069.154	0,19 %	3.069.154	0,19 %
Hongkong	3.033.000	0,19 %	0	0,00 %
Schweiz	2.616.905	0,16 %	0	0,00 %
Kanada	2.455.096	0,15 %	0	0,00 %
Kasachstan	2.401.400	0,15 %	305.554	0,02 %
Australien	2.282.747	0,14 %	0	0,00 %
Zypern	1.952.200	0,12 %	1.952.200	0,12 %
Chile	1.920.052	0,12 %	0	0,00 %
Republik Südafrika	1.671.000	0,10 %	841.224	0,05 %
Litauen	1.488.450	0,09 %	1.488.450	0,09 %
Kolumbien	1.456.122	0,09 %	887.839	0,06 %
Peru	1.346.012	0,08 %	748.840	0,05 %
Finnland	1.190.052	0,07 %	0	0,00 %
Panama	1.116.305	0,07 %	1.116.305	0,07 %
Estland	1.000.761	0,06 %	0	0,00 %
Britische Jungfern	974.112	0,06 %	0	0,00 %
Griechenland	946.194	0,06 %	781.898	0,05 %
Philippinen	871.244	0,05 %	118.771	0,01 %
Israel	821.648	0,05 %	0	0,00 %
Kaimann	717.464	0,04 %	0	0,00 %
Guernsey	703.354	0,04 %	0	0,00 %
Indien	615.269	0,04 %	0	0,00 %
Neuseeland	577.586	0,04 %	0	0,00 %
Uruguay	564.000	0,04 %	564.000	0,04 %
Rumänien	493.644	0,03 %	493.644	0,03 %
China	416.023	0,03 %	0	0,00 %
Insel Man	408.711	0,03 %	0	0,00 %
Jersey	368.119	0,02 %	0	0,00 %
Äthiopien	323.645	0,02 %	323.645	0,02 %
Marokko	307.554	0,02 %	307.554	0,02 %
Kenia	260.669	0,02 %	260.669	0,02 %
Gabun	233.490	0,01 %	233.490	0,01 %
Ehemalige jugoslawische Re- publik Mazedonien	201.375	0,01 %	201.375	0,01 %
Sri Lanka (Ceylon)	163.698	0,01 %	0	0,00 %
Aserbaidshjan	162.249	0,01 %	162.249	0,01 %
Ghana	152.366	0,01 %	152.366	0,01 %
Dominikanische Republik	89.467	0,01 %	89.467	0,01 %
El Salvador	83.183	0,01 %	83.183	0,01 %

**Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen)
im Geschäftsjahr 2014**

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten ²⁾	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten ²⁾		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro	Euro	Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	43.883	25.690	9.053	2.989	44.734.627	3.781	165	109	7.735.867	286.735	60.072
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	2.186	905	842	447	2.793.927	237	15	18	553.504	23.217	12.650
2. sonstiger Zugang ¹⁾	1	3			43.284				6.463	241	144
3. gesamter Zugang	2.187	908	842	447	2.837.211	237	15	18	559.967	23.458	12.794
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	79	25	363	87	1.560.233	202	13		361.946	22.516	
2. Beginn der Altersrente	817	433	–	–	–	–	–	–	–	–	–
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	24	12	–	–	–	–	–	–	–	–	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	–	–	199	163				2			1.780
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	17	12									
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	53	7	–	–	–	–	–	–	–	–	–
7. sonstiger Abgang	3	1			352.023				67.591	1.703	281
8. gesamter Abgang	993	490	562	250	1.912.256	202	13	2	429.537	24.219	2.061
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	45.077	26.108	9.333	3.186	45.659.582	3.816	167	125	7.866.297	285.974	70.805
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	9.637	8.036									
2. in Rückdeckung gegeben											

¹⁾ z. B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente

²⁾ Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt.

Jahresabschluss 2014

Bilanz zum 31. Dezember 2014

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014**

Anhang

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft VVaG
 47051 Duisburg
 Jahresbilanz zum 31. Dezember 2014

AKTIVA				31.12.2014	31.12.2013
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				366.295,51	76.815,89
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			85.585.508,84		84.751.863,19
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		33.181.766,74			33.181.766,74
2. Beteiligungen		47.795.919,55	80.977.686,29		34.214.708,28
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			270.461.797,92		201.150.287,21
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			436.266.613,92		412.561.476,13
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	441.922.809,41				436.226.163,59
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	280.777.412,03	722.700.221,44			316.351.469,66
4. Einlagen bei Kreditinstituten		6.000.000,00	1.435.428.633,28	1.601.991.828,41	16.700.000,00
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice				357.533,89	326.967,00
D. Forderungen					
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an: Versicherungsnehmer			5.190.901,53		4.094.713,62
II. Sonstige Forderungen			1.881.885,70	7.072.787,23	1.558.909,68
davon:					
an verbundene Unternehmen:		1.125.329,04 Euro			(1.075.422,98)
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:	0,00 Euro				(0,00)
E. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			209.072,74		217.992,74
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			16.169.282,02	16.378.354,76	4.392.788,79
F. Rechnungsabgrenzungsposten					
Abgegrenzte Zinsen und Mieten				20.017.672,20	20.815.572,06
Summe der Aktiva				1.646.184.472,00	1.566.621.494,58

Ich bestätige hiermit gemäß § 73 VAG, dass die in den Vermögensverzeichnissen aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Gelsenkirchen, 7. April 2015
 Der Treuhänder
 Dr. Reiner Foer

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft VVaG
47051 Duisburg
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2014

PASSIVA		Euro	31.12.2014 Euro	31.12.2013 Euro
A. Eigenkapital				
Gewinnrücklagen				
Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			50.444.802,37	50.010.628,40
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I.	Deckungsrückstellung	1.535.109.133,00		1.462.981.884,00
II.	Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	680.668,05		928.296,10
III.	Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Betragsrückerstattung	46.801.561,37	1.582.591.362,42	40.440.123,74
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
Deckungsrückstellung			357.533,89	326.967,00
D. Andere Rückstellungen				
I.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.724.133,00		1.564.154,00
II.	Sonstige Rückstellungen	6.045.235,05	7.769.368,05	6.014.659,54
E. Andere Verbindlichkeiten				
I.	Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	10.846,92		273.579,09
II.	Sonstige Verbindlichkeiten	4.833.106,84	4.843.953,76	3.948.109,91
	davon:			
	aus Steuern:	8.764,56 Euro		(0,00)
	im Rahmen der sozialen Sicherheit:	0,00 Euro		(0,00)
F. Rechnungsabgrenzungsposten			177.451,51	133.092,80
Summe der Passiva			1.646.184.472,00	1.566.621.494,58

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellungen nach dem zuletzt am 30.03.2015 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden sind.

Köln, 8. April 2015
Der Verantwortliche Aktuar
Benedikt Engbroks

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft VVaG

47051 Duisburg

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

POSTEN

POSTEN			31.12.2014	31.12.2013
	Euro	Euro	Euro	Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge			69.111.050,68	67.094.735,08
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung			1.887.867,71	1.341.838,58
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		3.450.814,94		2.815.539,83
davon: aus verbundenen Unternehmen	1.125.329,04 Euro			(958.171,36)
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	8.341.615,49			8.582.140,89
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	58.371.845,15	66.713.460,64		56.208.467,13
c) Erträge aus Zuschreibungen		701.221,82		4.296.011,91
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		8.791.862,84	79.657.360,24	5.223.922,77
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			28.606,38	20.990,86
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge			4.539,01	1.923,99
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		58.393.386,35		56.243.436,10
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		- 247.628,05	58.145.758,30	516.000,43
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
Deckungsrückstellung			72.157.815,89	70.563.193,98
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen			8.249.305,34	5.588.249,52
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
a) Abschlussaufwendungen		524.727,98		505.528,66
b) Verwaltungsaufwendungen		908.431,84	1.433.159,82	856.036,91
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		4.738.403,73		4.911.977,62
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		3.837.868,16		4.740.930,43
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		128.209,59	8.704.481,48	111.563,48
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			0,00	0,00
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen			10.065,03	3.832,23
13. Versicherungstechnisches Ergebnis			1.988.838,16	1.544.821,68
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		387.869,61		1.748.600,23
2. Sonstige Aufwendungen		1.706.898,51	-1.319.028,90	1.602.539,15
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			669.809,26	1.690.882,76
4. Sonstige Steuern			235.635,29	272.346,56
5. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag			434.173,97	1.418.536,20
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			434.173,97	1.418.536,20
7. Bilanzgewinn/ Bilanzverlust			0,00	0,00

Anhang

Rechnungslegungsvorschriften

Jahresabschluss und Lagebericht sind nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches unter Beachtung des Versicherungsaufsichtsgesetzes in der jeweils gültigen Fassung und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt worden.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Grundstücke und Gebäude sind unter Berücksichtigung planmäßiger linearer Abschreibungen zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, ggf. vermindert um Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB bzw. erhöht um Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, ggf. vermindert um Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB.

Aktien und Investmentanteile sowie Inhaberschuldverschreibungen werden mit den Anschaffungskosten bilanziert. Die Bewertung erfolgt in Abhängigkeit von Ihrer Zuordnung zum Anlagevermögen oder Umlaufvermögen gemäß § 341 Abs. 2 HGB. Wertpapiere des Anlagevermögens werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip (§ 341b Abs. 2 i.V.m. § 253 Abs. 3 Satz 3 und Abs. 5 HGB) bewertet. Wertpapiere des Umlaufvermögens werden um Abschreibungen auf den Stichtagskurs gemäß § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 und Abs. 5 HGB gemindert, sofern der Marktwert unter dem Buchwert

liegt. Vorhandene Agien bei Inhaberschuldverschreibungen werden über die Laufzeit ratierlich aufgelöst.

Die sonstigen Ausleihungen werden gemäß § 341b Abs. 1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 5 HGB zu Anschaffungskosten bilanziert. Auf die Anwendung des Wahlrechts für Namensschuldverschreibungen gem. § 341c Abs. 1 HGB wurde verzichtet. Vorhandene Agien bzw. Disagien werden über die Laufzeit ratierlich aufgelöst. Bei Zero-Namenspapieren wird auf außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB verzichtet, da die Rückzahlung der Anlagen bei Fälligkeit zum Nennwert erfolgt.

Die Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Nominalwerten bilanziert.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice werden zum Zeitwert am Abschlussstichtag bewertet.

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer sowie sonstige Forderungen sind, ggf. nach Abschreibungen erkennbar zweifelhafter Einzelbeträge und nach Abzug pauschaler Wertberichtigungen wegen des allgemeinen Kreditrisikos bei Forderungen an Versicherungsnehmer sowie Mieter, mit ihren Nominalwerten bzw. verbleibenden Nominalwerten bilanziert.

Die Sachanlagen und die immateriellen Werte sind mit den Anschaffungskosten bilanziert und werden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Anhang

Die übrigen Aktivposten sind mit ihren Nominalwerten bilanziert, ggf. unter Berücksichtigung von Abschreibungen und Wertberichtigungen.

Die Deckungsrückstellung (Bilanzposten Passiva B.I.) und die Rückstellung für Beitragsrückgewähr sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen vom versicherungsmathematischen Sachverständigen geschäftsplangemäß errechnet. Hierbei ist die prospektive Methode mit impliziter Berücksichtigung der künftigen Kosten für den laufenden Versicherungsvertrag einzelvertraglich angewendet worden. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden für Beitragszahlungen bis 31.12.2003 die Richttafeln 1983 von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins in Höhe von 4 % verwendet. Die für die einzelnen Teilbestände verwendeten Sterbewahrscheinlichkeiten wurden dabei entsprechend den Notwendigkeiten modifiziert.

Für Beitragszahlungen ab 01.01.2004 werden die biometrischen Rechnungsgrundlagen den Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck entnommen, wobei die Sterbewahrscheinlichkeiten für Rentner und Witwen(r) auf bis zu 50 % reduziert wurden. Zusätzlich wurden die Invalidisierungs-Wahrscheinlichkeiten angepasst. Der Rechnungszins beträgt für Neuversicherungen bis 31.12.2006 3 %. Für Neumitglieder ab dem 01.01.2007 wird ein Rechnungszins von 2,25 % und für Neumitglieder ab dem 01.01.2012 ein Rechnungszins von 1,75 % verwendet.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird in Höhe der geschätzten Zahlungsansprüche gebildet. Die Deckungsrückstellung für die Fondsgebundene Lebensversicherung errechnet sich einzelvertraglich nach der retrospektiven Methode aus dem Wert der am Bilanzstichtag vorhandenen Fondsanteile, wobei die Bewertung gemäß § 341d HGB mit dem Zeitwert erfolgt.

Die Pensionsrückstellungen sind im Rahmen des § 253 Abs. 1 und 2 HGB nach dem Teilwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszinssatz von 4,54 % p. a. ermittelt. Die Herleitung der zu bewertenden Rentenanspruchsverläufe ist gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe ihres voraussichtlichen Erfüllungsbetrages bilanziert.

Die übrigen Passivposten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Geschäftsvorfälle in Fremdwährung sind mit den im Zugangszeitpunkt gültigen Devisenkassa-Mittelkursen umgerechnet worden.

In der vorstehenden Tabelle werden für die in § 54 RechVersV genannten Kapitalanlagen die nach den auf der vorherigen Seite dargestellten Grundsätzen ermittelten Buchwerte den

Anhang

Weitere Pflichtangaben

Kapitalanlagen	31.12.2014		31.12.2013	
	Buchwerte Euro	Zeitwerte Euro	Reserven Euro	Reserven Euro
Grundstücke	85.585.508,84	101.785.600,00	16.200.091,16	14.336.596,66
Beteiligungen	80.977.686,29	99.330.635,51	18.352.949,22	7.124.229,00
Aktien	1.659.500,00	1.659.500,00	0,00	0,00
Investmentanteile	268.802.297,92	278.768.556,75	9.966.258,83	7.041.677,70
Festverzinsliche Wertpapiere	436.266.613,92	521.483.856,51	85.217.242,59	35.283.052,75
Namenschuldverschreibungen	441.922.809,41	548.840.479,71	106.917.670,30	46.002.621,15
Schuldscheindarlehen	280.777.412,03	312.323.648,48	31.546.236,45	16.133.503,01
	1.595.991.828,41	1.864.192.276,96	268.200.448,55	125.921.680,27

wie nachfolgend beschrieben ermittelten Zeitwerten gegenüber gestellt sowie die sich daraus ergebenden Salden dargestellt.

Für die Grundstücke werden i.d.R. die Zeitwerte in einem 5-Jahres-Rhythmus mit Hilfe von externen Gutachten nach dem Ertragswertverfahren ermittelt. Für die Jahre, in denen keine Neubewertung stattfindet, wird der Zeitwert auf Basis von Plausibilisierungen bzw. Parameter-Aktualisierungen ermittelt. Zuschreibungen werden nur auf Basis von Gutachten vorgenommen.

Die Gutachten der Grundstücke stammen für 11 Objekte aus 2014, 8 Objekte aus 2013, für 7 Objekte aus 2012, für 3 aus 2011, und für 11 aus 2010.

Die Zeitwerte der Beteiligungen und Investmentanteile werden mit ihren beizulegenden Werten, die nach branchenüblichen, anerkannten Verfahren ermittelt worden sind, zum Bilanzstichtag angesetzt.

Für die Zeitwert-Ermittlung der Aktien und der festverzinslichen Wertpapiere wird der Börsenkurswert vom letzten Bankarbeitstag 2014 zugrunde gelegt.

Anhang

Die Bewertung der Namenspapiere erfolgt unter Zugrundelegung von Spreads (Risikoaufschlägen). Besondere Liquiditäts- oder Bonitätsrisiken, die eine Abwertung erforderlich gemacht hätten, sind nicht erkennbar. Die Zero-Namenspapiere werden zwecks Ermittlung ihres Zeitwertes in ihre Bestandteile zerlegt und mit vereinfachten Annahmen einzeln bewertet. Hier stehen Buchwerten von TEuro 297.816 Zeitwerte von TEuro 361.475 gegenüber.

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten in Form von Andienungsrechten (Short-Put-Optionen und Vorkäufe).

Die Optionen resultieren aus drei im Bestand befindlichen Namensschuldverschreibungen mit separat verbrieften Andienungsrechten in Höhe von TEuro 22.998, die getrennt nach Basispapier und Option bilanziert werden. Die Optionen wurden an Hand eines Barwertmodells bewertet und unter dem Passivposten E.II. Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen (Zeitwert TEuro –295). Die den Optionen zugrunde liegenden Namensschuldverschreibungen werden gem. § 341b Abs. 1 HGB nach den für Anlagevermögen geltenden Vorschriften bilanziert. Eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften ist daher nur erforderlich, falls eine dauerhafte Wertminderung vorliegt. Dies war zum Bilanzstichtag nicht der Fall.

Zum Bilanzstichtag bestehen bis 2023 potentielle Abnahmeverpflichtungen bei Ausübung der Andienungsrechte zu den je-

weils vereinbarten Konditionen durch die Darlehensnehmerinnen aus strukturierten Multitranchen-Schuldscheindarlehen in Höhe von insgesamt TEuro 145.000 (Vj. TEuro 145.000).

Zahlungsverpflichtungen aus Vorkäufen betreffen Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von TEuro 17.020 und Namensschuldverschreibungen in Höhe von TEuro 15.376. Die Vorkäufe wurden ebenfalls an Hand eines Barwertmodells bewertet und haben einen Zeitwert in Höhe von TEuro 8.971.

Die gesamte Einzahlungsverpflichtung für Private-Equity-Engagements beläuft sich auf TEuro 25.860 (Vj. TEuro 28.565).

Aus einem befristeten Mietvertrag bestehen potentielle Zahlungsverpflichtungen bis 2016 in Höhe von TEuro 124.

Im Geschäftsjahr wie im Vorjahr waren keine Vermögensgegenstände, für die im Insolvenzfall Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden können, verpfändet, zur Sicherheit übertragen oder hinterlegt. Ausgenommen sind die Bestände des Sicherungsvermögens (§ 66 VAG) sowie ein Inhaberpapier mit einem Nennwert von TEuro 1.910, das als Sicherheit für ein Aval hinterlegt wurde.

Auf die Angabe der Zusätze »Brutto«, »Netto«, »selbst abgeschlossenen« und »für eigene Rechnung« wird verzichtet, da das Versicherungsgeschäft nicht in Rückdeckung gegeben worden ist. Leerpositionen in Bilanz und GuV werden weggelassen, wobei die Posten-Nummerierungen angepasst sind.

Anhang

Aktiva

Die immateriellen Vermögensgegenstände umfassen die EDV-Software.

Die Entwicklung der Kapitalanlagen zeigt die Tabelle auf Seite 53.

Die Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken enthalten 14 Geschäftsgebäude und 27 Wohngebäude, von denen 4 Wohngebäude auf Erbbaurechtsgrundstücken stehen. Ein Wohn- und Geschäftsgebäude wurde in 2014 erworben. Ein Geschäftsgebäude wurde verkauft. Der Anteil aller Grundstücke an den Kapitalanlagen ist leicht von 5,5 % auf 5,3 % gesunken. Außerplanmäßige Abschreibungen wurden nicht erforderlich.

Anteile an verbundenen Unternehmen sind die 100 %igen Beteiligungen an einer in 2013 erworbenen Pensionsfonds AG sowie an zwei weiteren Gesellschaften – einer GmbH und einer GmbH & Co. KG – die in Zusammenhang mit der Verwaltung eigenen Grundbesitzes stehen.

Unter Beteiligungen wird der voll eingezahlte Anteil an einer Immobilien-Gesellschaft ausgewiesen, deren Wert unverändert TEuro 200 beträgt, sowie die Anlage in 17 Beteiligungsgesellschaften für Private-Equity-Fonds. Bei drei innerhalb der letzten zwei Jahre erworbenen Beteiligungen mit einem Buchwert von TEuro 3.428 (Zeitwert TEuro 3.389) ist die Abschreibung

unterblieben, da es sich um anlaufbedingte Wertminderungen handelt.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere: Ihr Anteil an allen Kapitalanlagen hat sich auf 16,9 % (Vj. 13,1 %) erhöht. Die Eigenanlagen in Aktien betragen TEuro 1.659 (Vj. TEuro 2.389) und betreffen wirtschaftlich eine Private Equity-Anlage.

Abschreibungen, die auf Grund der Zuordnung zum Anlagevermögen unterblieben wären, sind nicht angefallen. Zuschreibungen in Höhe von TEuro 690 (ohne Tarif E) wurden vorgenommen.

An zwei Investmentfonds ist die Pensionskasse mit mehr als 10 % beteiligt. Es handelt sich hierbei in beiden Fällen um international ausgerichtete, inländische Wertpapier-Mischfonds mit einem Buchwert von TEuro 210.976 (Zeitwert TEuro 220.428). Bei einem Fond ist eine Abschreibung in Höhe von TEuro 342 unterblieben weil es sich um eine vorübergehende Wertminderung handelt. Bei beiden Fonds bestehen keine Beschränkungen hinsichtlich der börsentäglichen Rückgabemöglichkeit der Anteile.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere: Ihr Anteil an allen Kapitalanlagen hat sich von 26,9 % im Vorjahr auf 27,2 % leicht erhöht. Die ratierlichen Agioauflösungen auf die im Anlagevermögen befindlichen Inhaberpapiere nach § 341b HGB werden unter den Abgängen mit erfasst. Durch die Zuordnung zum Anlagevermögen konnte

Anhang

bei Buchwerten von TEuro 14.583 (Zeitwerte TEuro 12.982) auf Abschreibungen in Höhe von TEuro 1.601 verzichtet werden, da Rückzahlungen zum Nennwert erfolgen bzw. durch die jeweiligen Sicherungssysteme die Bonität sichergestellt ist. In Vorjahren vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen wurden z. T. durch Zuschreibungen wieder aufgeholt.

Namensschuldverschreibungen haben relativ von 28,4 % auf 27,6 % vom Gesamtbestand der Kapitalanlagen gerechnet, abgenommen. Wegen der Sicherungssysteme konnte bei Buchwerten von TEuro 10.042 (Zeitwerte TEuro 9.674) auf Abschreibungen in Höhe von TEuro 368 ebenfalls verzichtet werden.

Schuldscheinforderungen und Darlehen haben relativ von 20,6 % auf 17,5 % der Kapitalanlagen abgenommen.

Einlagen bei Kreditinstituten wurden im Jahresverlauf für freie Mittel kurzfristig als Tages- oder Termingelder gehalten, bis sie in größeren Beträgen langfristig angelegt wurden. Der Bestand beträgt zum Jahresende 0,4 % (Vj. 1,1 %) aller Kapitalanlagen.

Als **Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice**n sind entsprechend § 14 RechVersV unter diesem Posten die Zeitwerte der Kapitalanlagen der fondsgebundenen Lebensversicherung ausgewiesen. Diese Kapitalanlagen sind zur Bedeckung der entsprechenden Passiva bestimmt. Der Anlagestock besteht aus 2.613,93 (Vj. 2.602,83) Anteilseinheiten eines international ausgerichteten Wertpapier-Mischfonds.

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer sind insbesondere Beiträge für 2014, die am 31.12.2014 fällig waren und überwiegend Anfang 2015 eingegangen sind. Abschreibungen waren nur in geringem Umfang erforderlich.

Die **Sonstigen Forderungen** betreffen mit TEuro 300 (Vj. TEuro 314) fällige Mietforderungen. Diese sind um Wertberichtigungen von TEuro 273 (Vj. TEuro 255) gemindert. Weiterhin sind Forderungen an verbundene Unternehmen mit TEuro 1.125 (Vj. TEuro 1.075) sowie weitere kleinere Forderungen mit zusammen TEuro 457 (Vj. TEuro 170) enthalten.

Die **Sachanlagen und Vorräte** betreffen die der Geschäftsstelle dienende Ausstattung, den Fuhrpark sowie die Einbauten in gemieteten Räumen. Der Bestand hat unter Berücksichtigung von Zugängen von TEuro 59 (Vj. TEuro 47), Abgängen von TEuro 0 (Vj. TEuro 5) und Abschreibungen in Höhe von TEuro 68 (Vj. TEuro 64) insgesamt leicht abgenommen.

Die **Laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand** sind die Bestände der Kasse mit TEuro 2 (Vj. TEuro 4) sowie die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten mit einer Summe von TEuro 16.168 (Vj. TEuro 4.389).

Rechnungsabgrenzungsposten betreffen noch nicht fällige Zinsforderungen aus Sonstigen Ausleihungen mit TEuro 8.468 (Vj. TEuro 8.947) und aus festverzinslichen Wertpapieren mit TEuro 9.435 (Vj. TEuro 9.768) sowie Mietforderungen aus noch

Anhang

Entwicklung der Aktivposten A, BI bis III im Geschäftsjahr 2014

Aktivposten	Bilanzwerte 2013 TEuro	Zugänge TEuro	Umbuchungen TEuro	Abgänge TEuro	Zuschrei- bungen TEuro	Abschrei- bungen TEuro	Bilanzwerte 2014 TEuro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	77	375		52		34	366
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	84.752	4.660		1.100		2.726	85.586
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	33.182						33.182
2. Beteiligungen	34.215	15.243		1.979	317		47.796
3. Summe B. II.	67.397	15.243		1.979		0	80.978
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	201.150	82.655		12.257	25	1.111	270.462
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	412.561	111.625		88.278	359		436.267
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	436.226	46.191		40.494			441.923
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	316.351	14.359		49.933			280.777
4. Einlagen bei Kreditinstituten	16.700			10.700			6.000
5. Summe B. III.	1.382.988	254.830		201.662	384	1.111	1.435.429
insgesamt	1.535.214	275.108		204.793	384	3.871	1.602.359

Anhang

nicht abgerechneten Nebenkosten mit TEuro 2.115 (Vj. TEuro 2.100). Letzteren stehen geleistete Abschlagszahlungen gegenüber, die als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen sind.

Passiva

Die **Verlustrücklage gemäß § 37 VAG** hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEuro 434 (Vj. TEuro 1.419) von TEuro 50.011 auf TEuro 50.445 erhöht.

Die **Deckungsrückstellung** unter Bilanzposten **B. Versicherungstechnische Rückstellungen** hat sich aufgrund höherer

Anwartschaften und Ansprüche sowie durch die Zuführung zur Zinsschwankungs-Rückstellung in Höhe von TEuro 15.163 um TEuro 72.127 (Vj. TEuro 99.395) erhöht.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** enthält individuell und pauschal ermittelte Beträge für laufende Pensionen, die nach Erfüllung der Zahlungsvoraussetzungen ausgezahlt werden.

Die Entwicklung der **Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB)** sowie ihre Aufteilung in einen gebundenen und einen freien Teilbetrag ist

Rückstellung für Beitragsrückerstattung	2014 TEuro	2013 TEuro
Stand am 1. Januar	40.440	36.194
Zuführungen	8.249	5.588
Entnahmen	1.888	1.342
Stand am 31. Dezember	46.801	40.440

davon entfallen:

- auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	3.421	3.607
- auf den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird	1.888	1.342
- auf den ungebundenen Teil	41.492	35.491

Anhang

der vorstehenden Tabelle zu entnehmen. Ein Teil der RfB ist der Schlussüberschussanteil-Fonds. Seine Ermittlung erfolgt einzelvertraglich auf Basis der Deckungsrückstellung. Er beträgt nach Zuführung von TEuro 7.392 (Vj. TEuro 6.190) und Entnahmen in Höhe von TEuro 1.251 (Vj. TEuro 987) zum Ende 2014 TEuro 33.874 (Vj. TEuro 27.732).

Die **Deckungsrückstellung** unter Bilanzposten **C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird**, wurde für Ansprüche aus Beiträgen nach Tarif E gebildet.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** decken dienstvertragliche Versorgungsverpflichtungen ab. Der aus der rechnungsmäßigen Verzinsung resultierende Aufwand von TEuro 76 (Vj. TEuro 72) wird unter der GuV-Position II.2. Sonstige Aufwendungen gezeigt.

Die **Sonstigen Rückstellungen** sind im Wesentlichen für Risiken aus der Gleichstellung von Frauen und Männern gebildet. Daneben bestehen noch Rückstellungen für Prozesskosten, Resturlaub, Jahresabschlusskosten, Grundstücksaufwendungen sowie einen weiteren kleineren Posten.

Die **Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern** beinhalten hauptsächlich Überzahlungen und für 2015 vorausgezahlte Beiträge.

Die **Sonstigen Verbindlichkeiten** enthalten im Wesentlichen mit TEuro 2.115 (Vj. TEuro 2.100) Abschlagszahlungen auf noch nicht abgerechnete Betriebskosten der Häuser sowie mit TEuro 1.105 (Vj. TEuro 1.105) die Optionsprämie für drei Short-Put-Optionen, mit TEuro 47 (Vj. TEuro 331) Verbindlichkeiten aus der Verrechnung mit der PKDW Verwaltungs-GmbH und mit TEuro 48 (Vj. TEuro 214) Verbindlichkeiten gegenüber Mietern. Diverse sonstige Verbindlichkeiten addieren sich zu TEuro 110 (Vj. TEuro 0) und wurden zu Beginn 2015 durch Zahlung vollständig ausgeglichen.

Die **Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten ausschließlich Mietvorauszahlungen.

Anhang

Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Verdienten Beiträge** (ohne übernommene Anwartschaften) sind ausschließlich Beitragseinnahmen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft. Sie zeigen folgende Entwicklung:

Beitragsart	2014	2013	Veränderungen	
	TEuro	TEuro	TEuro	%
Laufende Beiträge				
1. Firmenmitglieder	61.653	61.210	+ 443	+ 0,72
2. Einzelmitglieder	6.037	5.710	+ 327	+ 5,73
	67.690	66.920	+ 770	+ 1,15
Einmalbeiträge				
1. Firmenmitglieder	0	0	+ 0	
2. Einzelmitglieder	0	0	+ 0	
3. Übernommene Anwartschaften	1.421	175	+ 1.249	
	1.421	175	+ 1.249	
Gesamtbeiträge	69.111	67.095	+ 2.019	+ 3,01

Die **Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung** sind mit TEuro 637 (Vj. TEuro 355) Beträge zur Finanzierung der in die Deckungsrückstellung eingestellten Gewinnanteile ab 01.07.2014 sowie mit TEuro 1.251 (Vj. TEuro 987) Schlussüberschussfonds-Anteile.

Die **Erträge aus Beteiligungen** (GuV-Position I.3.a)) beinhalten mit TEuro 1.125 (Vj. TEuro 958) die Jahresüberschüsse von

verbundenen Unternehmen. Daneben sind noch Erträge in Höhe von TEuro 2.325 (Vj. TEuro 1.858) aus weiteren Beteiligungen enthalten.

Die **Grundstückserträge** (GuV-Position I.3.b)aa)) beinhalten im Geschäftsjahr entstandene Mieterträge mit TEuro 6.173 (Vj. TEuro 6.351) sowie Abrechnungserträge mit TEuro 2.169 (Vj. TEuro 2.231). Die von der KG verwalteten Immobilien haben Mieterträge von TEuro 2.114 (Vj. 1.612) erzielt, die unter den Erträgen aus Beteiligungen erfasst sind.

Die **Erträge aus anderen Kapitalanlagen** (GuV-Position I.3.b)bb)) enthalten:

	2014	2013
	TEuro	TEuro
Zinsen für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	32.683	34.430
Wertpapiere und Anteile	25.684	21.560
Festgelder, Termingelder und Sparguthaben bei Kreditinstituten	5	6
und ähnliche Erträge aus Agien und Disagien von Darlehen und Kostenerstattungen	0	212
	58.372	56.208

Die **Erträge aus Zuschreibungen** sind mit TEuro 701 (Vj. TEuro 4.296) teilweise rückgängig gemachte Kurswertabschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens.

Anhang

Die **Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen** sind mit TEuro 8.669 (Vj. TEuro 4.761) bei Wertpapieren sowie mit TEuro 123 (Vj. TEuro 463) bei sonstigen Kapitalanlagen angefallen.

Die **Sonstigen versicherungstechnischen Erträge** enthalten Vereinnahmungen von Beitragsüberhängen und Überweisungs-differenzen.

Die **Zahlungen für Versicherungsfälle** sind die mit unbefristetem Rechtsanspruch gewährten Pensionen mit TEuro 57.659 (Vj. TEuro 55.522) zuzüglich abgegebenen Anwartschaften mit TEuro 92 (Vj. TEuro 110) und Regulierungsaufwendungen von TEuro 641 (Vj. TEuro 611). Die Regulierungsaufwendungen wurden mit einem auf Basis der Personalaufwendungen errechneten Prozentsatz aus den Verwaltungskosten ermittelt.

Die Pensionszahlungen haben sich wie folgt entwickelt:

	2014	2013	Veränderungen	
	TEuro	TEuro	TEuro	%
Alterspensionen	48.329	46.496	+ 1.833	+ 3,94
Berufsunfähigkeitspensionen	906	1.003	- 97	+ 0,00
Witwen(r)pensionen	8.374	7.977	+ 397	+ 4,98
Waisenpensionen	50	47	+ 3	+ 6,38
	57.659	55.523	+ 2.136	+ 4,02

Die durchschnittlichen Jahresbeträge je Pensionär haben sich wie folgt verändert:

Jahresbetrag je Empfänger von	2014	2013	Veränderungen	
	Euro	Euro	Euro	%
Alterspension	3.956	3.962	- 6	- 0,15
Berufsunfähigkeitspension	3.000	3.266	- 266	+ 1,65
Witwen(r)pension	2.102	2.022	+ 80	+ 3,96
Waisenpension	401	432	- 31	- 7,81
Gesamt	3.468	3.449	+ 19	+ 0,72

Die **Veränderung der Deckungsrückstellung** enthält die versicherungsmathematisch notwendigen Zuweisungen zur Deckungsrückstellung aufgrund gestiegener Verpflichtungen aus höheren Anwartschaften und Ansprüchen. Davon entfallen TEuro 31 (Vj. TEuro 17) auf die Deckungsrückstellung für fremde Kapitalanlagen.

Unter den **Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen** wird der Teil des Überschusses erfasst, der nicht der Verlustrücklage sondern der RfB zugeführt wird.

Unter **Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb** sind ausschließlich Aufwendungen aus der Kostenverteilung auf die Funktionsbereiche ausgewiesen. Die Aufwendungen wurden mit einem auf Basis der Personalaufwendungen neu errechneten Prozentsatz aus den Verwaltungskosten ermittelt.

Als **Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen** werden in Zusammenhang mit der Kontenklärung anfallende Beträge ausgewiesen.

Anhang

Die **Sonstigen Erträge** enthalten Erträge aus der Übernahme von Versorgungseinrichtungen von TEuro 64 (Vj. TEuro 1.327), Kostenerstattungen und Schadenersatzleistungen von TEuro 12 (Vj. TEuro 320), Zinserträge aus Rechtsstreitigkeiten von TEuro 2 (Vj. TEuro 76); Erträge aus der Herabsetzung nicht versicherungstechnischer Rückstellungen TEuro 273 (Vj. 2) sowie weitere kleinere Posten.

	2014 TEuro	2013 TEuro
Verwaltungsaufwendungen für Grundstücke	3.508	3.770
persönliche Aufwendungen	537	500
sonstige Büro- und Sachaufwendungen	269	263
Depotgebühren	49	118
Treuhänderkosten	19	18
Veränderung der Rückstellung für Grundstücksaufwand	35	5
Honorare	321	238
Diverse Kleinbeträge	0	0
	<u>4.738</u>	<u>4.912</u>
Abschreibungen auf Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	2.727	3.273
Kurswertberichtigungen auf Wertpapiere, Investmentanteile und Beteiligungen	1.111	1.468
	<u>3.838</u>	<u>4.741</u>
Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	128	112

Die **Sonstigen Aufwendungen** entfallen mit TEuro 1.604 (Vj. TEuro 1.423) hauptsächlich auf Personal und Sachaufwendungen aus der Kostenverteilung, die den Funktionsbereichen nicht direkt zugeordnet werden konnten. Letztere wurden mit einem auf Basis der Personalaufwendungen neu errechneten Prozentsatz aus den Verwaltungskosten ermittelt.

Die **Sonstigen Steuern** enthalten im Wesentlichen Grundsteuer mit TEuro 235 (Vj. TEuro 271).

Einstellungen in die Verlustrücklage gemäß VAG § 37 und § 16 der Satzung wurden in Höhe des Jahresüberschusses von TEuro 434 (Vj. TEuro 1.419) vorgenommen.

Anhang

Persönliche Aufwendungen Mitarbeiter Sonstiges

Die **Persönlichen Aufwendungen** wurden mit einem auf Basis der Personalaufwendungen errechneten Prozentsatz aus den Verwaltungskosten ermittelt und ergeben sich aus folgender Tabelle:

	2014 TEuro	2013 TEuro
1. Aufwendungen für die Regulierung von Versicherungsfällen, Rückkäufen und Rückgewährbeträgen	490	455
2. Aufwendungen für den Abschluss von Versicherungsverträgen	284	263
3. Aufwendungen für die Verwaltung von Versicherungsverträgen	620	575
4. Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	568	527
5. Sonstige Aufwendungen	620	574
6. Persönliche Aufwendungen insgesamt	2.582	2.394

Zusammensetzung:

a) Löhne und Gehälter	2.181	2.042
b) soziale Abgaben u. ä.	262	231
c) Aufwand für Altersversorgung	139	121

Die **Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer** betrug im Berichtsjahr durchschnittlich 34 (Vj. 32), davon angestellt in Vollzeit 17 (Vj. 17) weibliche und 13 (Vj. 12) männliche Mitarbeiter und in Teilzeit 4 (Vj. 3) Mitarbeiterinnen.

Die PKDW ist mit 100% an den **Tochtergesellschaften** VIFA Pensionsfond AG mit Sitz in Berlin, PKDW-Verwaltungs GmbH und PKDW Grundstücks-GmbH & Co.KG mit Sitz in Duisburg beteiligt.

Das Eigenkapital der AG beträgt TEuro 7.152 (Vj. TEuro 6.782), das der GmbH TEuro 41 (Vj. TEuro 16), das der KG TEuro 30.390 (Vj. TEuro 30.223). Die PKDW stellt für das Geschäftsjahr 2014 einen Konzernabschluss nach HGB auf, der die genannten Tochtergesellschaften einbezieht.

Als **Honorar für die Abschlussprüferleistungen** wurde im Geschäftsjahr ein Aufwand von TEuro 84 (Vj. TEuro 82) verbucht.

Anhang

Organe

Die Namen der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder sind auf Seite 4 und 5 aufgeführt. Kredite an Vorstandsmitglieder sind nicht vergeben. Für zwei ausgeschiedene Vorstandsmitglieder sind Pensionsrückstellungen von TEuro 495 (Vj. TEuro 512) gebildet. Die Pensionszahlungen hieraus betragen TEuro 54 (Vj. TEuro 54). Den Aufsichtsratsmitgliedern wurden im Jahre 2014 TEuro 38 (Vj. TEuro 34) an Aufwandsentschädigungen gezahlt. Die Bezüge der Vorstandsmitglieder betragen im Geschäftsjahr TEuro 471 (Vj. TEuro 460) an Gehältern und TEuro 19 (Vj. TEuro 19) an Sachbezügen.

Duisburg, 10. April 2015

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft VVaG

Der Vorstand

Bernd Walgenbach

Andreas Fritz

Köln, 8. April 2015

Der Verantwortliche Aktuar

Benedikt Engbroks

Gelsenkirchen, 7. April 2015

Der Treuhänder

Dr. Reiner Foer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Duisburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Pensionskasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Pensionskasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis

von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Pensionskasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, 17. April 2015

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Klitsch
Wirtschaftsprüfer

Stümper
Wirtschaftsprüferin

PKDW

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft VVaG
vormals Pensionskasse der chemischen Industrie Deutschlands VVaG

Postanschrift: Postfach 10 1054 | 47010 Duisburg
Geschäftssitz: Am Burgacker 37 | 47051 Duisburg

Tel: 0203 99219-0 | Fax: 0203 99219-38
Mail: info@pkdw.de | Internet: www.pkdw.de

